

**Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**  
**Wortprotokoll**  
17. Sitzung

Berlin, den 16.06.2010,  
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus,  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1,  
Sitzungssaal: 2 600

Vorsitz: Eduard Oswald, MdB

**Öffentliche Anhörung**

zu dem Thema:

**„Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung  
in der Europäischen Union –  
Außenhandel, Arbeitsmärkte, öffentliche Finanzen**

**Sachverständige:**

Dr. Daniela Schwarzer, Forschungsgruppe EU-Integration der SWP

Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Prof. Dr. Claudia Buch, Universität Tübingen

Prof. Dr. Hendrik Enderlein, Hertie School of Governance

Prof. Dr. Heiner Flassbeck, UNCTAD Genf

## **Beginn der Sitzung: 9:15 Uhr**

Der **Vorsitzende**: ich begrüße Sie recht herzlich zu dem heutigen öffentlichen Expertengespräch im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zu dem Thema „Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union – Außenhandel, Arbeitsmärkte, öffentliche Finanzen“. Ein Ergebnis der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die seit einigen Monaten hier und bei unseren Partnern auf europäischer Ebene wieder verstärkt geführte Debatte über eine stärkere Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken bis hin zu der Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung. Das heutige Expertengespräch soll uns mit dem externen Sachverstand unserer Experten Anregungen geben, welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang sinnvoll und notwendig erscheinen. Ich begrüße ganz herzlich Frau Dr. Daniela Schwarzer von der Forschungsgruppe EU-Integration der SWP, Herrn Prof. Dr. Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, Frau Prof. Dr. Claudia Buch von der Universität Tübingen, Herrn Prof. Dr. Henrik Enderlein von der Hertie School of Governance und Herrn Prof. Dr. Heiner Flassbeck von der Welthandels- und Entwicklungskonferenz in Genf. Ich begrüße die Mitglieder des Ausschusses sowie all unsere Gäste. Für diese Anhörung ist ein Zeitraum von zwei Stunden vorgesehen. Wir werden zunächst mit einer Fraktionsrunde beginnen und dann die Befragung entsprechend der Größe der Fraktionen fortsetzen. Es sollen höchstens zwei Fragen an höchstens zwei Sachverständige gestellt werden. Bitte nennen Sie stets zu Beginn Ihrer Frage die Sachverständigen, an die sich die Frage richtet. Wir haben auf Eingangsstatements der Sachverständigen verzichtet. Der Vollständigkeit möchte ich darauf hinweisen, dass ein Wortprotokoll erstellt wird. Zu diesem Zweck wird die Anhörung mitgeschnitten. Wir starten mit der Fragestellung der CDU/CSU-Fraktion.

**Abg. Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU)**: Ich habe zwei Fragen. Eine Frage würde ich gerne an Prof. Dr. Hüther richten. Bei uns wird ständig die Frage diskutiert, wie man den Binnenmarkt aktivieren und stimulieren kann. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann haben Sie kürzlich eine Untersuchung gemacht oder dargelegt, was beispielsweise Lohnerhöhungen zur Stimulierung des Binnenmarkts bringen und was im Vergleich dazu die Schaffung von Arbeitsplätzen als Wachstumsbeitrag bringt bzw. auch die Ausweitung des Arbeitsvolumens und dort kam als klares Ergebnis heraus, dass dieses der bessere und der schnellere Weg wäre zur Generierung des Wachstums. Ich möchte Sie bitten, uns das noch einmal zu verdeutlichen, weil das in unsere politische Diskussion einfließen sollte und vielleicht ein wertvoller Beitrag sein kann. Die zweite Frage richtet sich an Prof. Dr. Klodt.

**Der Vorsitzende:** Herr Prof. Dr. Klodt ist leider nicht da. Bitte die Frage neu an die anwesenden Sachverständigen stellen.

**Abg. Dr. Joachim Pfeiffer:** Es tut mir leid, ich habe meine Brille nicht auf, das ist das Problem. Deshalb kann ich die Namen nicht lesen. Ich weiß nicht, wer sich zur Arbeitnehmerfreizügigkeit berufen fühlt. Wir haben im Mai nächsten Jahres die abschließenden Beratungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das sind jetzt die großen Probleme. Welche Auswirkungen hat das auf den Arbeitsmarkt, insbesondere in Deutschland, welche Folgewirkungen sehen Sie dort für die Wirtschaftspolitik und wie können wir dem begegnen? Welche legislativen Prozesse können Sie uns diesbezüglich anheimstellen? Es gibt ja immer wieder Vorschläge, die von Mindestlöhnen angefangen bis zu sinnvolleren Vorschlägen gebracht werden.

**Der Vorsitzende:** Ich beginne mit Ihnen, Herrn Prof. Hüther. Zwischenzeitlich gibt man mir dann das Signal, wer sich berufen fühlt.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft Köln):** Ihre Frage zielt auf eine Analyse, die wir gemacht haben. Wo liegt der Hebel, um binnenwirtschaftliche Dynamik zu erhöhen? Liegt er in der reinen Lohnerhöhung und können wir darüber entsprechend nachhaltig über die Nachfrage stimulieren? Oder liegt er in der Chance, über eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik, über eine Beschäftigungsstärkung diesen Hebel in Gang zu setzen? Das, was unsere Analysen und eingehend auch die Analysen der Europäischen Kommission zeigen, ist, dass der Hebel in einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik liegt, die über nachhaltige Beschäftigungsperspektiven und damit auch die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte stärkt und darüber die binnenwirtschaftliche Dynamik in Gang setzt. Letztlich muss es um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze gehen. Arbeitsplätze, die im Wettbewerb gerechtfertigt sind. Insofern sind isolierte Ingangsetzungen von Lohnanpassungen, die davon unabhängig sind, nicht das Instrument der ersten Wahl, das man hier empfehlen kann. Das, was wir heute diskutieren, ist etwas, was auf die Angebotsseite der Volkswirtschaft zielt. Wir reden über Wachstum, wir reden letztlich über Strukturwandel, wir reden also über die Frage, wie kann nachhaltig Dynamik erhöht werden. Und wenn wir nachhaltig Dynamik erhöhen wollen, müssen wir über die Angebotsseite der Volkswirtschaft reden, also über die Voraussetzung des Investierens, der Innovation und die Frage, welche Beschäftigungsintensität sich mit diesen Investitionen verbindet, die in die Zukunft reichen und damit entsprechend künftige Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft bereitstellen. Dann ist natürlich die Diskussion zu führen, ob eine solche Strategie der beschäftigungsorientierten

Lohnpolitik in der Europäischen Union sinnvoll sein kann. Wenn es denn alle machten, wo führte das hin? Selbst wenn es alle machten, führte das dahin, dass sich der Preis zwischen Arbeit und Kapital verändern würde. Das heißt, die Lohn-Zins-Relation zugunsten des Faktors Arbeit. Selbst wenn alle in Europa diese Strategie fahren würden, würden wir eine höhere Beschäftigungsintensität gewinnen. Weil sich in der Frage der Investitionsentscheidung - wie stark ist sie kapital-, wie stark ist sie beschäftigungsorientiert - über den Faktor Preisverhältnis die Bedingungen ändern. Auf den Punkt gebracht: Bei Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigungsseite muss auch die beschäftigungsorientierte Lohnpolitik eine Bedeutung haben. Entscheidend ist, ob am Anfang ein ausgeglichenes Verhältnis am Arbeitsmarkt herrscht, also unfreiwillige Arbeitslosigkeit nicht existiert. Wenn unfreiwillige Arbeitslosigkeit existiert, dann hat Lohnpolitik ihren Beitrag über eine Beschäftigungsorientierung zu leisten, das heißt über ein Zurückbleiben hinter der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Der **Vorsitzende**: Jetzt hat man sich geeinigt. Die Entscheidung ist auf Sie, Frau Prof. Dr. Claudia Buch, gefallen. Sie werden gebeten, die Antwort zu geben.

**Sve Prof. Dr. Claudia Buch (Universität Tübingen)**: Ich bin jetzt nicht die ausgewiesene Migrationsexpertin, aber die Antwort auf Ihre Frage ist relativ einfach. Wie ist die Situation des Arbeitsmarktes in Deutschland im Moment? Eigentlich überraschend gut, wenn es mit anderen Ländern vergleicht. Das ist eine kurzfristige Krisenanpassung. Das, worüber wir hier sprechen, also über Migration oder Arbeitnehmerfreizügigkeit, ist eher eine längerfristige Frage. Wir haben sicherlich gesehen, dass die ausländischen Arbeitnehmer auch auf die Krise reagiert haben. Letztlich geht es aber darum, welches die langfristigen Migrationsanreize, welches die langfristigen Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt, auf die deutsche Wirtschaft, sind. Da sehe ich nicht, dass sich durch die jüngsten Entwicklungen die Antwort auf die Frage geändert hätte, ob wir diese Arbeitnehmerfreizügigkeit haben wollen oder nicht. Deutschland braucht auf Grund seines Demografieproblems mehr Zuwanderung. Das ist sicherlich kein Allheilmittel. Aber es ist etwas, was sich in diesem Bereich positiv auswirken wird. Gerade auch im Dienstleistungsbereich – darauf kommen wir sicherlich noch bei der Frage nach den Wachstumsimpulsen zu sprechen – wäre das ein falsches Signal, wenn sich in Bezug auf Migration die Politik ändern würde. Das wäre sicherlich ein falsches Signal. Insofern würde ich im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht von den Dingen, die wir vor der Krise gesagt haben, abrücken und sagen, dass das eine Gefahr für den Arbeitsmarkt wäre und wir da restriktiver vorgehen sollten.

Der **Vorsitzende**: Das Wort hat jetzt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Garrelt Duin.

**Abg. Garrelt Duin (SPD)**: Sie sind absolute Experten in Sachen Wirtschaft. Ich kenne mich im Fußball ein bisschen besser aus und will deshalb mit einem Bild aus dem Fußball beginnen. Es gibt Mannschaften, die treten mit folgender Taktik an: Wir verteidigen mit 10 Mann. In ganz seltenen Fällen ist das sogar von Erfolg gekrönt gewesen. Die Griechen haben das einmal sehr erfolgreich gemacht. Aber wenn sie ein Tor fangen, können sie im Grunde nicht mehr umstellen und wissen nicht, wie sie das Spiel umdrehen sollen. Um das auf unsere hier zu beantwortenden Fragen zu übersetzen: Wenn man allein auf das Sparen setzt, wird man dadurch am Ende nicht gewinnen können, weil man nur durch das Sparen allein kein Wachstum generiert. Wenn also diese Taktik, die ich gerade beschrieben habe, eine falsche ist, wie bewerten Sie in der aktuellen europaweiten Strategie diese Taktik, allein auf das Sparen zu setzen und durch diese Sparaktion keinerlei zusätzliche Impulse für ein Wachstum zu setzen. Wenn wir eine Wachstumsstrategie verfolgen, muss es doch von zwei Seiten her kommen: Einmal müssen wir Instrumente finden, durch die private Investitionen ausgelöst werden. Aber ich bin auch der Überzeugung, dass wir uns parallel dazu Instrumente anschauen müssen, die öffentliche Investitionen auslösen. Das haben wir im letzten Jahr nicht ganz ohne Erfolg mit Blick auf die kommunale Investitionstätigkeit getan. Wie bewerten Sie diese beiden Elemente, die Instrumente zur privaten Investition, aber eben auch die Möglichkeiten, öffentliche Investitionen tätigen zu können, vor dem Hintergrund der finanziell enger werdenden Spielräume? Diese beiden Fragen gehen vielleicht an Herrn Prof. Enderlein oder Herrn Dr. Flassbeck. Aber ich will dem Vorsitzenden da nicht vorgreifen.

Der **Vorsitzende**: Ich würde sagen, Herr Prof. Enderlein fängt an. Aber ich denke, alle sind exzellent vorbereitet.

**SV Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance)**: Es sind zwei Fragen gestellt worden, die ich unterschiedlich behandeln möchte, obwohl es einen sehr engen Zusammenhang zwischen der Frage der öffentlichen Investitionen und dem Zustand der öffentlichen Finanzen gibt. Die erste Frage zielt in die Richtung, ob wir im Augenblick Europa oder die europäische Konjunktur nicht kaputtsparen. Ich halte das nicht für die richtige Fragestellung. Es gibt in Europa sehr unterschiedliche Positionen der öffentlichen Haushalte und unterschiedliche Positionen im Wirtschaftszyklus. Es gibt einzelne Länder, die in den vergangenen Jahren auf Grund negativer Realzinsen sehr schnell gewachsen sind, sehr hohe In-

vestitionsquoten sowie hohe Inflationsraten hatten. Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, das sind die Länder, die heute Probleme haben und die diese Boom-Phasen nicht genutzt haben, um ihre Staatshaushalte zu konsolidieren. Die heute in der Problemsituation sind, die wir alle kennen, dass sie einen rapide anwachsenden Schuldenstand nicht mehr unter Kontrolle bekommen. Die zweite Gruppe von Ländern, unter die auch Deutschland fällt, ist eine Gruppe, die in den ersten zehn Jahren eher unter den zu hohen Realzinsen des Euroraums gelitten hat, die deshalb eine eher expansive Finanzpolitik hätte betreiben sollen, was sie zum Teil auch getan hat. Ich bin weiterhin der Ansicht, dass das Überschreiten des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eine wirtschaftspolitisch richtige Entscheidung war, die heute aber ebenso vor sehr großen haushaltspolitischen Herausforderungen steht. Was tut man als nächstes? Sagt man, - was einige europäische Länder gerade von uns fordern - man nimmt richtig viel Geld in die Hand, aus Deutschland, um den ausbleibenden Konjunkturimpuls der anderen Länder zu kompensieren und so Nachfrage im Euroraum zu schaffen. Ich glaube nicht, dass das für Deutschland die richtige Methode ist. Ich glaube, dass Deutschland, ebenso wie alle anderen Länder auch, im Augenblick konsolidieren muss, um das langfristige Schuldenproblem Deutschlands unter Kontrolle zu bringen. Wenn wir uns die 60 %-Regel des Schuldenstandes in Europa mal ansehen, dann lässt sie sich nur stabil halten, wenn sie gleichzeitig pro Jahr eine reale Wachstumsquote von 3 % erreicht. Darauf kommt dann noch die Inflation von 2 %. Diese insgesamt nominal wachsenden 5 % ergeben dann die stabilen 60 % beim Schuldenstand in der langen Frist. Wenige von uns gehen davon aus, dass sich eine nominale Wachstumsrate von 5 %, real von 3 %, in den kommenden Jahrzehnten erreichen lässt. Das heißt, wir müssen uns umorientieren, müssen unseren Schuldenstand nach unten bringen, indem wir eine ausgeglichene Finanzpolitik betreiben, auch im Konjunkturzyklus. Deshalb glaube ich daran, dass die Schuldenbremse zwar nicht ins Grundgesetz gehört, sicherlich auch technisch nicht sehr gut gemacht ist, aber von der Grundidee her absolut richtig ist, auch für die Europäische Union heute. Ich würde nicht den Rufen, die vor allem aus Frankreich kommen, nachkommen wollen, dass Deutschland zum Konjunkturmotor im Euroraum werden sollte. Das hielte ich für falsch. Wer spart, wird immer Verluste hervorbringen. Das heißt, wenn man zu lange über dem Lebensstandard gelebt hat, dann muss man eine Zeitlang unter dem Lebensstandard leben, und das sind die Jahre, auf die wir uns jetzt einrichten müssen.

Der zweite Punkt: Private und öffentliche Investitionen. Ich halte öffentliche Investitionen für essentiell und absolut wichtig, aber sie sollten sich nicht nur über die Schulden finanzieren bzw. ich bin dafür, dass man öffentliche Investitionen über Schulden finanziert, aber dann muss man vorher einen Haushalt haben, bei dem man sich solche Investitionen auch leisten kann. Deshalb muss der Strukturwandel in der öffentlichen Finanzpolitik jetzt beginnen. Es ist zwar nicht der ideale Zeitpunkt, aber um auf Ihr Bild zurückzukommen, man kann mit ei-

ner Catenaccio-Strategie auch Weltmeister werden. Die Italiener haben es oft genug gezeigt. Aber mein Kollege Prof. Dr. Flassbeck wird mir jetzt widersprechen.

**SV Prof. Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD Genf):** Brasilien ist öfter Weltmeister geworden. Der Punkt ist, man ist nicht völlig frei zu entscheiden. Ich will kurz noch auf die G20 und den globalen Zusammenhang, wo die UNCTAD ja Beobachter ist, eingehen. Insofern sind mir die Dinge relativ geläufig. Der Punkt ist, dass man vermeiden muss, in eine japanische Situation zu geraten. Eine japanische Situation heißt, dass man über 20 Jahre immer wieder versucht, gegen eine Konjunkturschwäche und eine Deflation anzulaufen und sich unglaubliche Schuldenstände herausbilden. Japan ist das Land mit den weitaus meisten Schulden, 200 % am Bruttoinlandsprodukt. Weil sie wegen fehlender positiver Einkommenserwartungen der Masse der Menschen niemals mehr über 20 Jahre eine Binnenkonjunktur hingekriegt haben, sondern nur darauf gewartet haben, dass irgendwo ein Boom standfand, meistens in China, an dem sie sich beteiligen konnten. Das ist die japanische Falle, in die man laufen kann. Im globalen Zusammenhang müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es in der G20-Diskussion das Kriterium gibt, dass die Länder, die Überschüsse in der Leistungsbilanz haben, etwas tun können oder müssen, die anderen weniger. Es gibt die Diskussion darüber, dass diejenigen, die noch keinen überbordenden öffentlichen Schuldenstand haben, etwas tun können. Wenn man diese beiden Kriterien nimmt, sind es genau zwei Länder, die bleiben und groß genug sind, um weltwirtschaftlich einen Unterschied zu machen, nämlich Deutschland und China. Ich sage Ihnen aber, dass es am Ende des Jahres nur noch ein Land sein wird, denn es spricht alles dafür, dass der Leistungsbilanzüberschuss Chinas in diesem Jahr verschwindet, bis auf Null geht bis Ende des Jahres. Es gibt sehr ernst zu nehmende Schätzungen aus Asien, von Leuten, die sich ernsthaft damit beschäftigen, die genau das vorher-sagen. Der Leistungsbilanzüberschuss Chinas verschwindet. Deutschland wird einen weit höheren Leistungsbilanzüberschuss in diesem Jahr aufbauen als im vergangenen Jahr und damit können Sie sich vorstellen, auf wen am Ende des Jahres mit Fingern gezeigt wird, nämlich nicht mehr auf China, sondern nur noch auf ein Land in dieser Welt.

Der **Vorsitzende:** Jetzt spricht für die FDP-Fraktion, Kollege Klaus Breil.

**Abg. Klaus Breil (FDP):** Meine erste Frage geht an Herrn Prof. Dr. Hüther. In der EU wird darüber diskutiert, wie die wirtschaftspolitische Koordinierung verbessert werden kann. Eine Wirtschaftsregierung nach französischer Vorstellung würde implizieren, dass weitreichende Kompetenzen auf die EU-Ebene verlagert werden. Eine so verstandene Koordinierung wäre

die Detailsteuerung von Einzelmaßnahmen der Mitgliedstaaten durch einseitige Vorgaben der EU. Welche Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Koordinierung unter Wahrung der Prinzipien von Subsidiarität, Eigenverantwortung und nationaler Souveränität sehen Sie?

Die zweite Frage geht an Frau Prof. Dr. Buch. Neben dem Stabilitäts- und Wachstumspakt rückt immer mehr die strukturpolitische Koordinierung in die Diskussion. Im Zuge der Griechenlandkrise ist hier mehr als deutlich geworden, dass bestehende Verfahren in der EU nicht ausreichen, die eigentlichen Schwachstellen, nämlich strukturelle Versäumnisse und eine zu geringe Wettbewerbsfähigkeit, in einigen Mitgliedsstaaten zu beheben. Welche Politikbereiche sollten und können stärker auf EU-Ebene koordiniert werden?

**SV Prof. Dr. Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft Köln):** Ich möchte mit einem positiven Befund über Koordinierung beginnen. Wir haben im I. Quartal 2009 erlebt, dass bei der Orientierung für die Konjunkturpolitik in den europäischen Staaten eine solche über die Instrumente, über das prinzipielle Einverständnis, in diesem Zeitpunkt parallel zu handeln, stattgefunden hat. Das ist eine Form von nicht vorgesehener Koordinierung gewesen, die Europa geschafft hat. Es ist ein wichtiger Beitrag gewesen, um Vertrauen in dieser schwierigen Situation zum Jahresanfang 2009 zu rekonstruieren. Diese Vorhaben der Koordinierung auf die konkrete Situation bezogen, wird man auch künftig für möglich halten müssen. Es ist auch sinnvoll. Dafür brauchen wir aber keine Wirtschaftsregierung. Das kann im Rahmen der europäischen Gremien entsprechend diskutiert werden. Was Sie ansprechen, geht mehr in die Richtung des Lissabon-Prozesses, den wir auch diskutiert haben, wo an eine Anzahl von weit über 117 verschiedenen Indikatoren gemessen, das Ziel war, Europa zur wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Region in der Welt zu machen. Wir wissen alle, dass, wenn ich die Indikatoren durchgehe, mit Ausnahme der Erwerbsbeteiligung, die angestiegen ist, wir an allen gemessenen Indikatoren, bezogen beispielsweise auf die Vereinigten Staaten, nicht vorangekommen sind. Eine solch kleinteilige Strategie könnte man sich als eine Vision einer Wirtschaftsregierung vorstellen, die anfängt, über verschiedene Indikatoren Orientierungen für die Volkswirtschaften zu geben. Der Ansatz ist in der Grundanlage schon falsch. Weil, wenn es um Wachstum geht, geht es um Strukturwandel, geht es um die Angebotsseite der Volkswirtschaft, müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Struktursituationen der Volkswirtschaften unterschiedlich sind. Wir haben gut 14 % Industrieanteil in Frankreich, 25 % Industrieanteil in Deutschland. Schon aus dieser Unterschiedlichkeit heraus, auch wenn Sie sich die Größenordnung der Unternehmenslandschaft anschauen, bleibt die Frage, was soll da eine europäische Orientierung sein. Was kann eine europäische Wirtschaftsregierung für die Entwicklung von Strukturen vorgeben? Ich glaube, es geht eher um die andere Frage, was sind eigentlich die Treiber von Wachstum? Dass man sich darauf verständigt, was sind

die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung über flexible Arbeitsmärkte, die Voraussetzungen für das Investieren. Herr Duin hat nach den Schäden von Konsolidierung gefragt. Diesen Begriff Konsolidierungsschäden hat der Sachverständigenrat 1982 interessanterweise im Jahresgutachten zuallererst geprägt. Gemeint war, dass es natürlich schon auf die Art der Konsolidierung ankommt. Nicht jede Konsolidierung an sich hat die gleiche Wirkung. Eine Konsolidierung über die Ausgabenseite ist einer Konsolidierung über die Einnahmeseite vorzuziehen, nach allem, was wir empirisch wissen. Eine Konsolidierung über die konsumtiven Ausgaben des Staates ist einer Konsolidierung über die investiven Ausgaben vorzuziehen. Das heißt, beispielsweise die öffentlichen Investitionen nicht als Bruchkante der Konsolidierung zu nehmen. Sie haben auf die Kommunen hingewiesen, wo das häufiger stattfindet. Diese Form der Konsolidierung ist zu vermeiden. Das heißt, Konsolidierung im Sinne eines Verständnisses, was Wachstumstreiber sind. Wachstumstreiber beispielsweise auch in dem Sinne, wie ich Forschungs- und Entwicklungsintensitäten erhöhen kann. Es wird zu Recht in Deutschland über eine allgemeine steuerliche F & E-Förderung diskutiert. Denn, wenn wir das 3 %-Ziel, das wir nicht erreicht haben, was in dem Lissabon-Vertrag auch schon enthalten war, in den Blick nehmen, wenn wir dieses 3 %-Ziel ernst nehmen, bleibt die Frage, wie kriegen wir das hin. Wir haben ein Niveau-Problem. Ein Niveau-Problem kriege ich nicht durch Projektförderung hin, sondern, indem ich allgemein – vor allen Dingen im Mittelstand – den Hebel ansetze. 80 % der F & E-Förderung in Deutschland geht an Großunternehmen. Der Mittelstand weiß zum Teil gar nicht, was für ihn verfügbar ist, insofern ist so eine allgemeine steuerliche F & E-Förderung ein solches Instrument. Darauf könnte man sich in Europa verständigen, dass man sagt, also wir reden über Instrumente, die wir den Ländern anempfehlen, aber im Grundsatz bleibt, dass eine auf die Angebotsseite gerichtete Koordinierung der Wirtschaftspolitik sehr schnell an Grenzen stößt, weil sie die Differenzierung der volkswirtschaftlichen Strukturen zur Kenntnis nehmen muss die Differenzierung beispielsweise bis hin zum Bildungssystem. Es kann ja nicht dazu führen, dass man sagt, wir ebnen hier ein. Die duale Berufsausbildung im Sinne eines deutschen Modells ist ein Wettbewerbsparameter für die deutschen Standorte, ganz eindeutig. Wir bilden wertschöpfungsnah aus und insofern ist der Wettbewerb von Antworten auch ein Thema in Europa. Wachstum also über die Grundperspektive, was sind ein Wachstumstreiber, darauf kann man sich verständigen, aber keine Detailsteuerung. Der Lissabon-Prozess hat gezeigt, dass das nicht geht.

**Sve Prof. Dr. Claudia Buch (Universität Tübingen):** Ich kann eigentlich sehr nahtlos an das anknüpfen, was Prof. Dr. Hüther gerade gesagt hat. Ich denke, es gibt bestimmte Bereiche, wo wir uns einig sind darüber, dass wir eine Form von europäischer Koordinierung oder Abstimmung haben. Das ist am eindeutigsten bei der Geldpolitik, bei der Fiskalpolitik, das ist das, worüber wir im Moment sprechen. Da wird es schon schwieriger. Wir haben eben schon

kurz darüber gesprochen, schon mir fehlt ein bisschen die Phantasie mir vorzustellen, wie wir einen glaubwürdigen nachhaltigen Mechanismus hinbekommen können, der die Probleme, die wir auf dieser Ebene haben, in Zukunft lösen kann, nach dem, was jetzt auch im Mai passiert ist. Ich glaube, das wird eine ganz schwierige Frage werden und ich habe auch sicherlich keine schnelle Antwort darauf. Ich denke, da ist es auch ganz wichtig, wie man in diesem Bereich – ich komme jetzt noch einmal zu den Begriffen „Wirtschaftsregierung“, „Wirtschaftspolitische Koordinierung“ – wie man da mit Mehrheitsentscheidungen umgeht und welche Mehrheitsverhältnisse da gelten würden, denn da wird sich ja letztlich auch entscheiden, wie bestimmte Transfers ausgestaltet würden, um die es ja sicherlich gehen wird. Das betrifft noch ein bisschen die Frage, die direkt an Prof. Dr. Hüther gerichtet war.

Mit dem Begriff „strukturpolitische Koordinierung“ habe ich, das muss ich ganz ehrlich gestehen, Schwierigkeiten. Einfach, weil ich nicht genau verstehe, was das alles sein soll. Für mich ist das ein sehr schwammiger Begriff. Vieles von dem, was Prof. Dr. Hüther gesagt hat, kann ich eigentlich nur unterstützen. Ich sehe bei der großen Heterogenität, die wir in Europa haben, was die Länder, was die Strukturen in den Ländern betrifft, nicht, wie man hier eine einheitliche Politik machen könnte und sollte. Ich möchte diesen Punkt der Unterschiedlichkeit und Heterogenität noch etwas stärker fokussieren. Es ist nicht nur so, dass wir unterschiedliche Industriestrukturen haben, wir haben auch innerhalb der Industrien sehr unterschiedliche Strukturen, was die einzelnen Unternehmen angeht. Also das ist etwas, was wir aus vielen Untersuchungen wissen, die wir mit Mikrodaten machen und dass sehr häufig die Trennlinien gar nicht zwischen Industrien sind, sondern, dass wir eigentlich die größte Heterogenität innerhalb von Industrien haben. Wir haben innerhalb von Industrien Unternehmen, die sehr groß sind, die sehr erfolgreich im Außenhandel sind. Wir haben Unternehmen, die nur national aktiv sind. Ich sehe nicht, wie man da mit einer einheitlichen Politik, die sich dann auch noch über alle Länder erstreckt, an diese Heterogenität herankommen sollte. Das betrifft im Grunde genommen, ich muss das nicht wiederholen, viele von den Bereichen, die Prof. Dr. Hüther jetzt angesprochen hat, auch im Bereich Forschung und Entwicklung, R & D. Es gibt natürlich - und auch das sollten wir nicht aus den Augen verlieren - Bereiche in Europa, wo wir durchaus noch mehr tun können in Richtung Schaffung eines einheitlichen – Sie hatten eben die Fußball-Analogie gemacht - eines einheitlichen Spielfeldes im Bereich Bankenaufsicht.

Letztlich im Grunde genommen reden wir über viele diese Dinge auch, weil die Probleme aus dem Bankensektor kamen und ich denke, im Bereich Bankenaufsicht ist durchaus noch Einiges zu tun, nicht unbedingt Vereinheitlichung aller Regeln, aber ein stärkerer Prozess der internationalen Koordinierung auch der internationalen oder der europaweit geltenden Strukturen, was auch die Interventionen im Krisenfall angeht. Da haben wir gesehen, dass mangelnde Koordination oder zu langsame Prozesse, die wir hier hatten, auch dazu geführt ha-

ben, dass es eben sehr lange gedauert hat grenzüberschreitende Problemfälle im Bankensektor abzuwickeln. Das ist sicherlich etwas, wo wir noch mehr tun müssen. Ich vermute mal, das fällt nicht unbedingt unter diesen Begriff „Strukturpolitische Koordinierung“, wobei ich den sehr breit gefasst sehe, aber ich denke, um wieder ein bisschen an die Ursachen auch der jetzigen Entwicklung anzuknüpfen, ist da noch deutlich mehr zu tun, als das, was wir bisher gesehen haben.

Der **Vorsitzende**: Dann aus der Fraktion DIE LINKE. unsere Kollegin Frau Ulla Lötzer, bitte schön.

**Abge. Ulla Lötzer (DIE LINKE.):** Herr Prof. Dr. Flassbeck, Sie haben gerade über den G20-Prozess gesprochen. Ich würde gerne noch einmal Ihre Meinung zur europäischen Lage hören. Welche Rolle spielen die Außenhandelsungleichgewichte für die Krise in der Eurozone? Wo sehen Sie die wesentlichen Probleme und natürlich auch insbesondere die Rolle Deutschlands und wo würden Sie die entscheidenden Instrumente sehen? Meine zweite Frage richtet sich auch an Herrn Prof. Dr. Flassbeck: Die Bundesregierung vertritt im Wesentlichen die Auffassung, dass über den Abbau der Leistungsbilanzdefizite Wirtschaftspolitik koordiniert werden müsse einschließlich Maßnahmen a la IWF als Vorschriftenstrukturmaßnahmen, ähnlich, wie es ja jetzt auch in der Krise für Griechenland bereits diskutiert und festgelegt wurde. Wie sehen Sie die Folgen einer solchen Politik, wie beurteilen Sie diese Maßnahmen und welche Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung inklusive der Debatte um Wirtschaftsregierung, die im Moment läuft; würden Sie sehen?

**SV Prof. Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD):** Vielleicht darf ich mal mit meiner persönlichen Erfahrung beginnen. Als ich Staatssekretär im Finanzministerium war, 1998/1999, habe ich in Europa eine Institution auf den Weg gesetzt die hieß, „Makroökonomischer Dialog“, die gibt es immer noch. Die ist beschlossen worden von einem europäischen Rat in Köln im Frühjahr 1999. Da war ich zwar schon entlassen als Staatssekretär, aber immerhin gibt es diese Institution noch. Diese Institution hatte genau zum Ziel, das zu tun, was dann nicht passiert ist, nämlich dafür zu sorgen, dass es eine Abstimmung gibt, nicht über die Produktivität - wie Prof. Dr. Hüther und Frau Prof. Dr. Buch gesagt haben – nicht über den das Klein-Klein in Europa, sondern über die Anpassung der Länder an ihre Produktivität. Darum geht es. Jeder kann seine nationale Produktivität haben, jeder kann beliebig viel Produktivität machen. Es ist überhaupt nicht verlangt, dass die Produktivität angepasst wird, sondern, dass man sich mit seinen Verhältnissen an seine Produktivität anpasst, das ist verlangt in einer Währungsunion. Das war auch klar geregelt in der Währungsunion, wie man sich daran anpasst, nämlich diese Währungsunion hat ein Inflationsziel von 2 % festgelegt. Die Europäische Zentral-

bank hat das festgelegt und es war klar, dass es niemals eine Null-Inflation sein sollte und keine Deflation. Zu einem Inflationsziel von 2 % passt nicht ein permanentes Zurückbleiben der Reallöhne hinter der Produktivität, d. h. Lohnstückkosten, die unter 2 % liegen. Das aber genau hat Deutschland getan von Beginn der Währungsunion an und hat somit reale Wechselkursänderungen geschaffen in einer Union, wo es keine Wechselkurse mehr gibt. Jeder vernünftige Ökonom auf dieser Welt weiß das, dass dies eine unlösbare Situation schafft, wenn reale Wechselkurse sich ändern, es aber keine Wechselkurse mehr gibt, die das ausgleichen. Deswegen müssen wir in der Wirtschaftsregierung keine gewaltige Koordination von ganz viel „Klein-Klein“ machen. Das ist absolut nicht notwendig, sondern der zentrale Punkt ist die Anpassung jedes Landes an seine Produktivität und vor allem seiner Löhne an die Produktivität. Diesen Punkt darf man nicht vernachlässigen, denn jeder, der jemals in seinem Leben einen realen Wechselkurs gerechnet hat, weiß genau, dass man entweder die Inflationsraten nimmt oder man nimmt Lohnstückkosten vernünftigerweise und wenn die auseinander laufen, ohne dass es Wechselkurse gibt, dann entsteht dieses Ungleichgewicht. Und so ist dieses Ungleichgewicht auch in Europa entstanden und es hat sich 10 Jahre lang aufkumuliert, so dass wir jetzt gewaltige Lücken in der Wettbewerbsfähigkeit in Europa haben. Deswegen muss man da ansetzen. Man muss versuchen auf diesem Wege wieder eine Korrektur hinzubekommen und dies Korrektur kann nur heißen, wenn sie nicht deflationär sein soll, dass in Deutschland die Löhne über die nächsten zehn oder wie viel Jahre stärker steigen müssen als vorher und in anderen Ländern müssen sie weniger steigen, so dass wir eine Anpassung kriegen und die anderen Länder irgendwann eine Chance haben, ihre überbewertete Währung – es ist nichts anderes als eine überbewertete Währung – wieder normal zu bewerten. Diesen Prozess muss man hinkriegen, denn sonst ist die Währungsunion am Ende. Es gibt keine Lösung für ein Land, das 20 % absolute Nachteile gegenüber seinem wichtigsten Handelspartner hat. Das sind absolute Nachteile, die Frankreich und die ganzen südeuropäischen Länder gegenüber Deutschland haben. Damit kann man nicht wirtschaftlich überleben. Es sei denn, man geht systematisch, dann muss man das aber heute schon anfangen, in eine Transferunion. Das kann man machen und man wird sehen, ob das politisch durchhaltbar ist in Europa. Wenn man das nicht will, dann muss man diese Wettbewerbspositionen ausgleichen und dann darf es eben nicht eine einseitige Anpassung geben über diejenigen, die Leistungsbilanzdefizite haben, denn das ist eindeutig deflationär. Es gibt für diese Länder nur die Möglichkeit die Löhne zu kürzen und das tun sie jetzt ja auch. Wenn Deutschland bei seinem Kurs bleibt von Null Lohnsteigerungen was heißt, sinkende Lohnstückkosten in den nächsten Jahren wieder, dann wird das bedeuten, dass ganz Europa eine sehr extrem starke deflationäre Tendenz hat, die man praktisch nicht mehr mit irgendetwas anderem bekämpfen kann. Wir wissen das wiederum aus dem Fall Japan, weil dann die Einkommenserwartungen so negativ sind, kriegen sie die Binnenkonjunktur in ganz Europa

niemals mehr nach oben gerichtet, weil der Staat praktisch aus vielerlei, das wissen Sie besser als ich, politischen Gründen es nicht schafft, diese gewaltige Nachfrangelücke, die da existiert, mit Konjunkturprogrammen zu überwinden. Wenn man es tut, so wie in Japan, wird man sehen, dass er immer wieder scheitert, weil man gar nicht groß genug und nicht mächtig genug herangeht und dann die Defizite und die Schuldenstände trotzdem steigen, obwohl man versucht zu konsolidieren.

Der **Vorsitzende**: Jetzt hat unsere Kollegin Kerstin Andreae von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Abge. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Schwarzer und an Herrn Prof. Dr. Enderlein. Ein bisschen auch im Anschluss an das, was wir jetzt gerade von Prof. Dr. gehört haben. Wir haben diese Wirtschafts- und Währungsunion, aber der Eindruck drängt sich immer mehr auf, dass wir auf einem Bein stehen, dass wir die Währungsunion haben, aber im Bereich der Wirtschaftsunion ein Manko vorherrscht. Die Debatte, die wir jetzt wieder europaweit aber auch eben international haben über die Frage der Leistungsbilanzungleichgewichte, die Frage der Exportorientierung Deutschlands, ob das sinnvoll ist für Europa oder nicht, diese Frage wird immer wieder gestreift, aber es ist noch sehr vage und die Lösungsansätze, die wir derzeit diskutieren, scheinen mir noch sehr vage. Ich möchte von Ihnen wissen, ob Sie den Eindruck teilen, dass dieses ganze Thema wirtschaftspolitische Koordinierung und Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sich doch wieder mehr auf die fiskalische Seite und weniger auf die wirtschaftspolitische Seite hin orientiert und ob Sie eine Möglichkeit darin sehen, ein Element, ein weiteres Kriterium, nämlich die Erreichung außenwirtschaftlicher Gleichgewichte aufzunehmen unter der Maßgabe, dass dann die Länder durchaus ihre eigenen Mechanismen entwickeln können, um diese außenwirtschaftlichen Gleichgewichte zu erreichen, aber dass wir dann in Europa ein weiteres Kriterium haben beim Stabilitäts- und Wachstumspakt, um eine Angleichung hinzubekommen. Schon vor dem Hintergrund, dass wir durchaus diese, wie auch Prof. Dr. Hüther angesprochen hat, sehr großen strukturellen Unterschiede in den Ländern sehen, ob eine Möglichkeit besteht, diesen Stabilitäts- und Wachstumspakt hier auszuweiten und dann die nationalen Kompetenzen da aber durchaus noch im Blick zu haben.

**Sve Dr. Daniela Schwarzer (Forschungsgruppe EU-Integration SWP)**: Die Frage war, in welche Richtung entwickelt sich, wenn ich das in meinen eigenen Worten sagen darf, die Reform der Governance-Strukturen der EU und der Eurozone, welches Gewicht für wirtschaftspolitische Koordinierung, welches für die fiskalpolitische Seite. Wir sind mitten im Prozess. Wir haben den Gipfel morgen mit dem ersten Bericht der van Rompuy-Gruppe und ich

denke, was sich abzeichnet, ist zum einen ein deutlicher Konsens, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt überarbeitet werden muss in zwei Richtungen, einmal, dass über die Sanktionierungsmöglichkeit und den Frühwarnmechanismus nachgedacht werden muss, dass der Prozess stärker greift, der politische Druck auf die Mitgliedstaaten steigt und auch die korrekativen Maßnahmen nachhaltiger durchgesetzt werden können und zum anderen, dass weitere Variablen miteinbezogen werden müssen. Also weg von einer vor allem auf die Betrachtung der Defizite fokussierte Koordinierung hin zu mehr Gewicht für den öffentlichen Schuldenstand und auch eine stärkere Diskussion um die Verschuldung des Privatsektors. Parallel haben wir in den letzten Monaten eine fortschreitende Diskussion über die wirtschaftspolitische Koordinierung gesehen und ein ganz wichtiger Meilenstein war meiner Ansicht nach der Eurogruppenbeschluss vom 15. März 2010, in dem das erste Mal in einem offiziellen EU-Dokument, das die mitgliedstaatlichen Regierungen mittragen, anerkannt wurde, dass das Thema Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone nicht nur ein Problem der Defizitländer, sondern auch der Überschussländer ist. In diesem Dokument und in allen nachfolgenden wurde zwar - meiner Ansicht nach zu Recht – gesagt, dass die Korrektur vor allem bei den Defizitländern erfolgen muss, aber die Überschussländer sind meiner Ansicht nach auch in der offiziellen Diskussion nicht mehr außen vor in der Frage, wer und wie wird koordiniert. Grundsätzlich, wie kann da herangegangen werden? Im Moment ist in der Diskussion, dass man die Außenbilanzungleichgewichte auch in die Koordinierung aufnimmt. Das wäre denkbar über einen zusätzlichen sekundären Gesetzgebung passt zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, der sich die außenwirtschaftlichen Gleichgewichte als Indikator anschaut. Das Thema Subsidiarität ist in diesem Zusammenhang meiner Ansicht nach extrem wichtig, denn wenn wir das nehmen als Variable und das vielleicht auch quantifizieren – im Gespräch sind 3 % - nach oben und nach unten hin, ist die Korrektur der Maßnahmen in der nationalen Entscheidung. Das heißt, die Frage ist dann, macht man es über eine Anpassung der Löhne? Macht man es über eine Anpassung auf Seiten des Steuersystems? Da gibt es dann für die nationale Ebene den nötigen Handlungsspielraum.

Ein ganz wichtiger Punkt, der meiner Ansicht nach bedacht werden muss, wenn über die institutionelle Struktur der Eurozone gesprochen wird: Wir haben von französischer Seite, die Idee des Eurozonengipfels auf dem Tisch liegen. Der wurde von Berliner Seite ziemlich vehement abgelehnt. Ich finde, es ist eine Diskussion wert, ganz einfach, weil wir sehen, in den letzten 11 Jahren, hat das Gremium der Wirtschafts- und Finanzminister dafür gesorgt, dass hier eine sehr enge Diskussion und ein gewachsenes Bewusstsein für die gegenseitige Abhängigkeit und Koordinierungsbedarfe geschaffen wurde. Wir wissen jetzt aber aus der Verschuldungskrise, am Beispiel Griechenland wurde das rauf und runter diskutiert, dass wir eben kein reines Problem der Budgets der öffentlichen Haushalte haben, sondern ein Problem der Wettbewerbsfähigkeit. Ich denke, dass dies zum einen

in anderen Fachministertgremien im Rahmen der Eurozone diskutiert werden muss und meiner Ansicht nach auch eine Diskussion der Staats- und Regierungschefs im Kreise der 16er fordert.

**Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance):** Ich mache es kurz, ich teile im Prinzip das, was Frau Dr. Schwarzer gesagt hat. Es ist sehr wichtig, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu erweitern, d. h. mehrere Elemente mit einzubeziehen. Ich will vielleicht nur kurz illustrieren, worum es da gehen könnte. Wir reden viel über die Leistungsbilanzdefizite. Man könnte sich auch die Steuerpolitik anschauen. Es gibt Länder, die über die vergangenen 10 Jahre eine Niedrigsteuerpolitik fahren oder gefahren sind und gleichzeitig über so eine Politik natürlich Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben und dann auch Unternehmen angezogen haben. Das hat dazu geführt, dass sie eine gute Haushaltspolitik aufstellen konnten – Irland ist ein Schlüsselbeispiel. Ich würde mir bei der Bewertung der Haushaltspolitik wünschen, dass man auch solche Faktoren mit einbezieht.

Ein zweiter Punkt, das klang auch schon an, ist die Lohnpolitik. Man sollte die Haushaltsbewertung nie vornehmen ohne die Lohnpolitik und auch die Leistungsbilanzprobleme mit einzubeziehen. Es sind gerade schon unterschiedliche Bewertungen hier eingegangen. Das ist eine politische Diskussion und deshalb, glaube ich, kommt man nicht umhin – und damit bin ich beim Kern Ihrer Frage – diese Währungsunion zu ergänzen durch eine politische Abstimmung im Euroraumkontext, wo sich die Staats- und Regierungschefs auch auf dieser Ebene dann treffen und darüber reden, wie die einzelnen wirtschaftspolitischen Positionen der Länder sind. Ich stelle mir da so ein Ampelsystem vor, wo man sagt, im Land A mag das Defizit zwar auf rot sein, weil wir eine Defizitquote von 4 oder 5 % haben, aber es gibt viele andere Indikatoren, die auf grün stehen. Umgekehrt haben wir bei Spanien, Irland Portugal und Griechenland gesehen, dass das Defizit auch unter Kontrolle sein kann und es den Volkswirtschaften trotzdem schlecht geht. Dann muss die Kommission dort genau die Möglichkeit haben einzuschreiten.

Ich will auch einen zweiten Punkt noch kurz ansprechen, was das heißt für Länder, wenn man sich stärker als Mitglied im Euroraum fühlt. Wenn man konsolidiert in einem Land, das eine zu geringe Binnennachfrage hat, dann wünsche ich mir eine Konsolidierungspolitik, die die europäischen Realitäten mit ins Blickfeld nimmt. Dass wir in Deutschland im Augenblick die Konsolidierung in den Lohngruppen durchführen, wo die Konsumquote am stärksten ist, die Sparquote am geringsten und diejenigen ausnehmen, die eine hohe Sparquote, aber eine geringe Konsumquote haben, das passt für mich aus einer europäischen Perspektive einfach nicht ins Bild. Es wäre sinnvoller gewesen beispielsweise über Steuererhöhungen bei den höheren Einkommensgruppen dafür zu sorgen, dass man gerade den schwachen deutschen Binnenkonsum nicht belastet und dafür auch etwas für die europäische Gesamt-

konjunktur tut. Das ist genau eine europaorientierte Wirtschaftspolitik, die ich mir an der Stelle von der Bundesregierung gewünscht hätte, denn über das Konsolidierungsziel, das habe ich in meinem ersten Statement gesagt, sind wir uns völlig einig, es muss konsolidiert werden, aber dann mit einer europäischen Perspektive.

**Der Vorsitzende:** Frau Prof. Dr. Buch, Sie sind jetzt gleich in der nächsten Fragestellung dran, so dass ich die nächste Runde aufrufe. Die CDU/CSU-Fraktion hat die Fragestellung. Dr. Georg Nüßlein ist auch wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU.

**Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):** Nachdem sich Frau Prof. Dr. Buch schon gemeldet hat, will ich ihr die Chance geben zu dem Thema Stabilitäts- und Wachstumspakt und zwar zu der Frage, wie man diesen aus Ihrer Sicht nachschärfen sollte, etwas zu sagen und vielleicht können Sie in dem Zusammenhang auch ein paar Anmerkungen zu der Frage machen, wie man das, was man da alles regeln könnte, dann auch tatsächlich durchsetzt. Das ist ja das Entscheidende an der ganzen Thematik, denn hier zu diskutieren, was man da noch alles anhängen könnte ist das eine, aber die Frage, wie das letztendlich durchgesetzt wird, ist das ganz andere auf dem Hintergrund dessen, was wir momentan erleben. Dann würde ich zweitens gerne Herrn Prof. Dr. Hüther auf ein Thema ansprechen, das er vorhin im Zusammenhang mit dem Thema F & E-Förderung gestreift hat. Wir bekommen hier laufend Hinweise darauf, dass das angeblich in anderen Ländern anders, besser gemacht würde, als das in Deutschland der Fall ist, was natürlich auch Wettbewerbsverzerrungen sind. Vielleicht geben Sie uns ein paar Anhaltspunkte dafür, wie man das verbessern kann mit Blick auf das Thema Zielorientierung und mit weniger Mitnahmeeffekten und vielleicht auch ein bisschen mittelstandsorientierter, weil wir die Sorge haben, dass die Großindustrie zu sehr zuschlägt.

**Sve Prof. Dr. Claudia Buch (Universität Tübingen):** Ich fühle mich jetzt ein bisschen so, dass man dann immer das sagt auf die Frage, was man eigentlich sowieso schon geplant hatte zusagen. Ich möchte sofort auf die Frage der fiskalpolitischen Anpassungsmechanismen im Stabilitäts- und Wachstumspakt eingehen. Ich möchte aber gerne etwas zu dieser Diskussion sagen, die wir gerade hatten, inwieweit sollte man die Ziele, die man verfolgt, ausweiten. Ich fühle mich da so ein

bisschen an die Debatte über dieses magische Viereck erinnert, was sollen die Ziele der Wirtschaftspolitik sein. Das kam in meiner Makrovorlesung am Anfang immer vor. Ich habe es jetzt irgendwann einmal herausgenommen, weil ich irgendwie den Studenten im Grunde genommen immer gesagt habe, es ist nicht klar, wie diese vier Ziele zueinander in Bezug zu setzen sind, insbesondere auch dieses außenwirtschaftliche Ziel. Es ist ja nicht per se

schlecht, Außenhandelsüberschüsse und Defizite zu haben. Das kann man durch Demographieentwicklung erklären. Das kann man auch durch unterschiedliche Wachstumsentwicklung erklären. Die Frage ist, inwieweit das, was wir jetzt sehen, exzessiv ist und irgendwo auch Blasenbildung mit befördert hat. Da wäre ich sehr vorsichtig, zu schnell mit diesen Lösungsvorschlägen zur Hand zu sein, dass man da also wirklich Ziele aufnehmen muss. Da möchte ich erst einmal mehr Analyse sehen.

Zu dem konkreten Punkt, wie sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt geändert werden? Was sollte man damit erreichen? Ich denke, das, was wir jetzt gesehen haben, ist ein Beispiel dafür, wie zeitinkonsistent Wirtschaftspolitik sein kann. Wir sagen, am Anfang ex ante, wir wollen Defizitquoten überwachen und kontrollieren und würden dann im Grunde genommen ex post sagen müssen, wenn unsere Regelmechanismen, unsere Sanktionsmechanismen nicht funktioniert haben, dann muss eben die Regel des „no-bale-out“ greifen. Also dann unterstützen wir nicht, wenn wir es nicht geschafft haben, durch die Regeln eine Insolvenz oder nahe Insolvenz eines Landes zu verhindern. Dann dürfen wir aber auch nicht im Krisenfall einschreiten. Dass so eine Politik natürlich über die Zeit nicht durchhaltbar ist, genau das, haben wir ja jetzt gesehen und insofern muss man auch an dieser Stelle ansetzen und versuchen Regeln zu finden, die eben dieses Zeitkonsistenzproblem lösen. Ich habe eben schon gesagt, nachdem man das Prinzip einmal verletzt hat, fällt es natürlich umso schwerer darüber nachzudenken, wie man da vernünftige Regelmechanismen einführen kann. Ich denke, wir müssen ganz klar über ein Insolvenzrecht von Staaten nachdenken, wo es dann auch klare Regeln geben muss darüber, was passiert denn in so einem „Nach-Insolvenzfall“ und welche Regeln gibt es, dass sich die Gläubiger treffen und auch über Schuldenerlasse also Umschuldung nachdenken. Wir haben ja im Grunde genommen die ganze Problematik erst einmal nur nach hinten geschoben. Die ganze Frage lautet: sind denn zum Beispiel die griechischen Staatsschulden langfristig bedienbar oder nicht? Diese Frage wird ja vermutlich wieder auf den Tisch kommen, wenn wir uns nicht sehr positive Szenarien vorstellen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es ist auch über einen Vorschlag nachzudenken, der aus dem akademischen Bereich gekommen ist, der sagt, vielleicht können wir ja lernen aus dem, was sich in der Geldpolitik verbessert hat. Da hat man auch dieses Problem der Zeitinkonsistenz. Da haben wir Institutionen geschaffen, die unabhängig sind von der Politik und das hat sich dann letztlich auch in den Notenbankverfassungen niedergeschlagen. Das sind wir relativ erfolgreich gewesen. Man müsste darüber nachdenken, inwieweit es unabhängige Institutionen geben könnte, die dann eben diese Regeln auch mit umsetzen, die unabhängig von der Politik sind und – das ist eben auch schon angeklungen – es wird sicherlich nicht nur um die laufenden Defizitquoten, sondern auch um die Schuldenstände gehen. Denn letztlich ist es die Verschuldung eines Landes insgesamt, die da im Blick behalten werden sollte. Aber in die Richtung müssten die Ansätze gehen.

Der **Vorsitzende**: Ich werde von allen Seiten gebeten, dass alle den Versuch unternehmen etwas kürzer zu fragen und zu antworten.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln)**: Gestatten Sie trotzdem zwei kurze Hinweise. Wir diskutieren immer über die Leistungsbilanz und die Ungleichgewichte. Dem stehen entsprechende Ungleichgewichte der Kapitalbilanz gegenüber d. h., wenn wir dann als Austauschverhältnis die Beziehungen einer Volkswirtschaft mit anderen sehen, reicht es nicht, auf die Waren- und Dienstleistungsströme zu schauen, sondern auch auf die Kapitalströme und über den Nettokapitalexport, den wir leisten, leisten wir etwas an Investitionsmöglichkeiten einer anderen Volkswirtschaft und das bringt den Blick auf die Defizitvolkswirtschaften, die dann aber auch Voraussetzungen in ihrem Land haben müssen, dass dieses Kapital extrahiert wird. Dieser Gedanke scheint mir wichtig und zweitens, weil immer auf Japan hingewiesen wird: Das ganz japanische Desaster hat eine Vorgeschichte, die noch nicht erwähnt wurde. In den späten 80er Jahren ist Japan auf Drängen der Amerikaner in eine hochexpansive Geldpolitik gegangen und hat eine massive Vermögenspreis-inflation gehabt und das war der Ausgangspunkt dieses Desasters über nun zwei Jahrzehnte. Ihre Frage war F & E-Förderung. Der Hinweis bezieht sich auf Österreich und auf Großbritannien. Wir haben vom IW zusammen mit dem ZDW und dem Max-Planck-Institut für internationales Steuerrecht ein Gutachten vorgelegt für die Forschungsunion, die dies auch differenziert betrachtet hat. Was sind die Mechanismen, die das machen. Die Antwort einer allgemeinen F & E-Förderung steuerlicher Art ist gerichtet auf die Frage nach dem Niveau. Wir erleben, wir wollen 3 % und was haben wir für ein Problem? Wir stellen fest, im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, wenn ich jetzt nur einmal das verarbeitende Gewerbe nehme, haben wir nach unseren Auswertungen knapp 40 % Unternehmen, die nicht F & E betreiben und passend dazu auch kaum im Export erfolgreich sind. Das ist eine erstaunlich hohe Quote. Dies zeigt andersrum aber das Potenzial, das wir dort haben. Die Frage ist, wie adressieren wir das? Ein anderes Gutachten zeigt, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sich mit der institutionellen Förderung und der Projektförderung schwer tun, weil das einen Beantragungsapparat voraussetzt. Sie brauchen eine Infrastruktur im Unternehmen, um so etwas machen zu können. Das ist für die kleineren und mittleren Unternehmen häufig überhaupt nicht darstellbar. Sie vermuten auch in der Regel, das gibt es für sie gar nicht. Es ist auch nicht so transparent. Deswegen ist diese Lösung einer allgemeinen steuerlichen F & E-Förderung, die beispielweise nach dem Frascati Manual 150 % der Personalausgaben im F& E-Bereich als absetzungsfähig deklariert. Das ist ein Weg, dieses spezifische Problem zu adressieren. Wir würden auch hier aus ökonomischer Sicht nicht von Subventionen sprechen, sondern es geht um die Kompensation von Spillover-Effekten, die

sich aus solchen F & E-Aktivitäten ergeben. Insofern ist diese Perspektive eine, die man glaube ich, sehr sorgfältig prüfen sollte. Die Erfahrungen in Österreich und Großbritannien sprechen dafür. Man kann dann fragen, werden wir insgesamt mit der institutionellen Projektförderung so weitermachen können. Es geht aber um dieses Innovationsthema und das war vorhin auch die Frage von den Grünen, es geht um die Frage der investiven Perspektive, die wir entfalten müssen. Da glaube ich, ist das gut eingesetztes Geld.

Der **Vorsitzende**: Der nächste Fragesteller kommt aus der Fraktion der SPD, unser Kollege Klaus Barthel.

**Abg. Klaus Barthel (SPD)**: Ich habe zunächst noch einmal Klärungsbedarf. Ich frage Herrn Prof. Dr. Flassbeck, weil wir es von den anderen mehr oder weniger gehört haben. Auch Prof. Dr. Enderlein hat jetzt gerade noch einmal die These vertreten, dass unsere Schulden eigentlich daher kommen, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wir reden jetzt die ganze Zeit eigentlich schon wieder nur über Fiskalpolitik, nämlich über Defizite verschiedener Art und das ist ja dann immer der Dreh- und Angelpunkt. Deswegen von mir noch einmal die Frage, wie sehen Sie die Ursachen dieses ganzen Schuldenproblems, woher kommt das eigentlich? Hat es wirklich etwas damit zu tun, dass wir „über unsere Verhältnisse gelebt haben“? Die zweite Frage richtet sich an Frau Dr. Schwarzer und auch an Herrn Prof. Dr. Flassbeck und zwar, weil es jetzt, glaube ich, langsam spannend wird. Jetzt haben wir ja Einiges gehört, wie so eine wirtschaftspolitische Koordinierung und fiskalpolitische Koordinierung aussehen auf europäischer Ebene und auch auf nationaler Ebene könnte und, dass so etwas notwendig ist. Mein Problem ist jetzt: alles, was bisher so gelaufen ist und was wir jetzt gehört haben, läuft letzten Endes immer in eine Richtung. Es läuft doch immer wieder in Richtung einseitige Fixierung auf Staatsdefizite und das ist auch die ganze Diskussion jetzt über die Bestrafung von sogenannten Sündern bei den Defiziten. Da werden wirksame Mechanismen diskutiert und bei den konkreten Maßnahmen kommen wir immer wieder bei einer Richtung heraus, nämlich letzten Endes steuerliche Maßnahmen, wo ich mich frage, wie wir eigentlich schaffen wollen, Prof. Dr. Enderlein hat es gerade angesprochen, also solche Fehler, wie sie jetzt mit dem deutschen Sparpaket gemacht werden, nämlich in der Verteilungswirkung solche Mechanismen, solche Wege zu vermeiden. Das, was wir bisher gehört haben an Stichworten, läuft immer wieder darauf hinaus, dass die Verteilungswirkung und die volkswirtschaftliche Wirkung in eine Richtung gehen, nämlich letzten Endes eine Umverteilung von oben nach unten, weil Wettbewerbsfähigkeit über Löhne hergestellt werden muss und über möglichst niedrige Steuern. Prof. Dr. Enderlein hat das Beispiel Irland, das angeblich so erfolgreich war, auf seine niedrigen Steuern angesprochen. Wir kommen immer in eine soziale Schieflage mit diesen Mechanismen wenn wir die nationalen Mecha-

nismen anschauen. Also, wo soll ein Anreiz herkommen z. B. vernünftige Unternehmenssteuern festzulegen? Wir kommen immer bei der Lohnfrage raus, nämlich Wettbewerbsfähigkeit über Lohnkürzung herzustellen und ich frage mich, wie kommen wir zu Mechanismen, zu Anreizen die auf nationaler Ebene in die richtige Richtung gehen ohne ständig diese falsche Verteilungswirkung zu haben und wie kommen wir auf europäischer Ebene zu solchen Mechanismen, wenn wir die bisherige Diskussion berücksichtigen und wenn wir die eigentlich umdrehen wollen in ihren Verteilungswirkungen?

**SV Dr. Heiner Prof. (UNCTAD):** Zur Frage, in der Tat, ich kann die damit beantworten, dass ich kurz noch einmal auf das eingehe, was Frau Prof. Dr. Buch gesagt hat. Sie hat gesagt, Leistungsbilanzdefizite -und überschüsse sind per se nicht schlecht. Das stimmt, aber, wenn diese Leistungsdefizite -und überschüsse verbunden sind mit einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft insgesamt, dann sind sie unhaltbar. Wenn wir uns darüber verstehen, dann müssen wir nur noch fragen: Haben wir diese Situation in Europa? Und da ist meine Erachtens sonnenklar: ja. Wir haben diese Situation in Europa. Wir haben unhaltbare Leistungsbilanzüberschüsse -und defizite. Diese würden, wenn wir keine Währungsunion hätten, sicherlich dazu führen dass eine deutsche Währung aufgewertet würde und die anderen Währungen abgewertet würden. Wenn wir diesen Mechanismus mit allen seinen politischen Konsequenzen vermeiden wollen, müssen wir einen Weg beschreiten, wie wir das Über den Verhältnissen Leben der einen und das unter den Verhältnissen der anderen Leben angleichen. In Deutschland hat nicht der Staat Unter seinen Verhältnissen gelebt, das will ich überhaupt nicht sagen, das ist ganz klar. Der Staat hat Schulden gemacht, er hat – das kann man dann auch so nennen – über seinen Verhältnissen gelebt, aber die Gesellschaft als Ganzes hat eindeutig unter ihren Verhältnissen gelebt. Es gibt keine vernünftige Definition von unter und über den Verhältnissen Leben der Gesellschaft leben als Ganzes, die gegen die Leistungsbilanzen sozusagen geht. Man kann nicht sagen, ein Land, das einen Leistungsbilanzüberschuss hat, hat auch noch über seine Verhältnisse gelebt. Dann macht es irgendwo überhaupt keinen Sinn mehr, dann kann man das lassen, weil dann man die Logik endgültig zerstört hat. Es ist eindeutig so, wenn eine Gesellschaft als Ganzes, ein Staat als Ganzes mehr einnimmt, als er ausgibt, lebt er offensichtlich unter seinen Verhältnissen. Das ist Leistungsbilanzüberschuss, das ist Deutschland – keine Frage, kann überhaupt keine Frage sein. Wir müssen es nun einmal trennen und wir müssen dann sehen, wie kriegen wir das insgesamt Unter den Verhältnissen Leben mit dem Über den Verhältnissen Leben des Staates – auch in Deutschland – auf die Reihe. Das ist wiederum keine kurzfristige Aufgabe, so etwas kann man nur langfristig machen, denn es müssen andere dazu gebracht werden und dazu angereizt werden, mehr auszugeben – Private in Deutschland. Wir müssen die Inlandsnachfrage in Deutschland deutlich erhöhen. Dann muss man wieder fra-

gen, was sind hier die Instrumente, Herr Barthel hat das ja angesprochen, die Instrumente sind, ich sagte es schon, Schaffung von positiven Einkommenserwartungen d. h. nicht Lohn-erhöhung im nächsten Jahr von 10 %, aber einen Pfad beschreiben in Europa, in dem Deutschland über 10 bis 15 Jahre - das ist ganz egal, der Zeitraum ist nicht entscheidend - den anderen Ländern eine Perspektive bietet ihre Überbewertung, ihre implizite Überbewertung, ihren Verlust an Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen, sonst ist die Währungsunion – ich sage es noch einmal – nicht zu retten. Das bedeutet, dass wir einerseits natürlich wiederum einen makroökonomischen Dialog im Land und in Europa führen müssen, wo wir uns mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und den politischen Entscheidern zusammensetzen und fragen, wie können wir das bewerkstelligen, dass wir hier auf einen vernünftigen Weg kommen. Den brauchen wir, um das außenwirtschaftliche Problem zu lösen, aber auch um unsere binnenwirtschaftlichen Probleme zu lösen. Die mangelnde Inlandsnachfrage wird uns ja auf Dauer ohnehin massiv belasten, selbst wenn wir jetzt wieder wie gegenwärtig kurzfristig durch China und seine Importe gerettet werden. Die Frage stellt sich dann natürlich, was denn darüber hinaus Maßnahmen? Hier gibt es natürlich steuerliche Maßnahmen. Herr Prof. Dr. Enderlein hat das schon angesprochen, völlig richtig, man muss natürlich bei allen Maßnahmen, die man ergreift, auch wenn es Konsolidierungsmaßnahmen sind, darauf schauen, wo habe ich die maximale Belastung oder Entlastung der Binnennachfrage und die hat man eindeutig dann, wenn man dort belastet, wo die Sparquote am höchsten ist, d. h. bei den höheren Einkommen. Die Belastung ist rein aus ökonomischen Gründen notwendig, völlig unabhängig von irgendwelchen sozialen Fragen. Ich bin nicht berühmt dafür, über soziale Fragen zu reden. Ich rede hier nur über die Ökonomie, über die Logik der Ökonomie und völlig unabhängig von sozialen Fragen ist hier ganz eindeutig, dass die Sparquote der höheren Einkommen wesentlich höher ist, insofern, wenn ich dort belaste, wenn ich schon sage, ich muss insgesamt belasten, um den Staatshaushalt zu konsolidieren, dann muss ich dort aus ökonomischen Gründen stärker belasten, um die Binnennachfrage möglichst wenig zu belasten. Es kommt darauf an, die Binnennachfrage möglichst wenig anzutasten, das ist vollkommen glasklar und kann man glaube ich, überhaupt nicht vermeiden. Daraus kommt mein letzter Satz. Das ist die zentrale Antwort auf Ihre Frage. Es gibt keinen Konflikt zwischen einer Wirtschaftspolitik, die für Europa angemessen ist und einer sozialen Schieflage, im Gegenteil, wenn man eine angemessene Wirtschaftspolitik macht, tut man etwas, um die soziale Schieflage zu beseitigen.

**Sve Dr. Daniela Schwarzer (Forschungsgruppe EU-Integration der SWP):** Die Frage war, wie soll die wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung konkret aussehen. Ich habe das aus Ihren Worten herausgelesen, dass Sie das so wahrnehmen. Wir sehen im Moment eine Stärkung des regelbasierten Anlasses, darauf wird es hinauslaufen. Das werden wir am Donnerstag erleben und auch in den folgenden Sitzungen der van Rompuy-Gruppe d. h., es

wird in den europäischen Koordinierungsmechanismen relativ wenig Raum für die Diskussion der Substanz der haushaltspolitischen Entscheidung geben. Was treibt die Regierungen in die Richtung zu gehen? Auf der einen Seite die Sorge, das Frühwarnsystem zu verbessern und Risiken zu minimieren und so verstehe ich insbesondere den deutschen Input, diese Diskussion, die ja ganz stark diesen Ansatz nach vorne getragen hat. In dem Vorschlag der Europäischen Kommission vom 12. Mai 2010 ist ein bisschen was anderes herauszulesen, nämlich die Idee, die haushaltspolitische Koordinierung in einem frühen Zeitpunkt des nationalen Budgetprozesses zu verstärken, zielt auch darauf hin, qualitativ zu diskutieren. Da gab es aus vielen Mitgliedstaaten entschiedene Gegenwehr, weil die Wahrnehmung war, das schränkt die parlamentarische Hoheit in der haushaltspolitischen Gestaltung zu sehr ein. Ich glaube, man muss zwischen beiden Ansätzen einen Mittelweg finden, denn was man nicht machen kann, so lange man nicht eine volldemokratisierte politische Union auf europäischer Ebene hat, kann man die politischen Richtungsentscheidungen, die in der nationalen Politik gefällt werden müssen, über die Frage, welche Verteilungswirkung bestimmte haushaltspolitische Entscheidungen haben, nicht transferieren und sollte sie auch nicht transferieren. Aber, und das glaube ich zeigt sich schon, man sieht eine Tendenz in der Art, wie diese Regeln wirken. Man sieht eine Tendenz und die haben Sie aufgezeigt, dass fiskalpolitische Richtungsentscheidungen dadurch stark beeinflusst werden. Was kann man nun tun? Ich glaube, wir brauchen auf nationaler Ebene eine intensiviertere Diskussion im Parlament über diesen Zusammenhang, aber auch über die Verantwortung der nationalen Haushaltspolitik für die Eurozone.

Prof. Dr. Enderlein hat auf die Kritik hingewiesen, die gegenüber Deutschland wiederholt formuliert wurde. Einmal in Bezug auf die Konjunkturpakete und jetzt auch bezogen auf das Sparpaket, dass Deutschland seiner Rolle als Wachstumsmotor nicht gerecht wird. Man kann beide Positionen vertreten. Auf der einen Seite aus der Betrachtung der nationalen Zusammenhänge natürlich, wenn man sich anschaut, welchen Konjunkturimpuls brauchen wir, in welcher Situation kommt man zu dem Einschluss. Wenn man das gesamte Thema aber in einer Eurozonenlogik sich anschaut, dann zählt das Aggregat des fiskalpolitischen Impulses. Diese Diskussion ist meiner Ansicht nach in der Eurozone komplett unterentwickelt. Ich möchte da auf eine Entwicklung hinweisen, die noch ganz in ihren Anfängen steckt, die man aber im Auge behalten muss und das ist die Signalwirkung der deutschen Politik im Moment. Ganz lange wurde Deutschland dafür kritisiert, dass es keine Führungsrolle einnimmt in der ganzen Debatte. Meine Wahrnehmung ist, dass Deutschland im Moment eine ganz maßgeblich mitbestimmte Politik macht. Einmal durch die klaren Vorschläge in der van Rompuy-Task Force, über die man sich streiten kann und zum anderen über unser Sparpaket, denn es wird in anderen Mitgliedstaaten sehr intensiv diskutiert und zwar, weil der Druck auf die anderen Regierungen extrem gestiegen ist dem zu folgen, weil wir im Moment sehen,

dass die Finanzmärkte sehr klar differenzieren zwischen Bundesanleihen und anderen Staatsanleihen. Der Punkt, den ich extrem wichtig finde ist, wenn es sich in den nächsten Monaten bewahrheitet, dass die anderen Mitgliedstaaten durch unsere Politik unter diesem Druck auch eine sehr restriktive Fiskalpolitik einschlagen, dann können wir Gefahr laufen, dass wir insgesamt einen fiskalpolitischen Exit nehmen, der zu früh kommt. Da sehe ich eine der Hauptkoordinierungsaufgaben, dass diese Abstimmung ganz sensibel und aufmerksam zwischen den Regierungen geführt wird. Das ist meiner Ansicht nach ein ganz klares Thema für die 16 Eurozonen-Staaten, wo wir uns bewusst sein müssen, welchen Druck und welche Signalwirkung wir auf die anderen ausüben.

Der **Vorsitzende**: Jetzt für die FDP-Fraktion unser Kollege Dr. Hermann Otto Solms.

**Abg. Dr. Hermann Otto Solms (FDP)**: Ich will im Grunde genommen zwei Nachfragen im Sinne einer Debatte stellen. Zunächst an Prof. Dr. Hüther, Sie hatten sich vorhin für eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik ausgesprochen, mit dem Ziel, die Beschäftigungsquote zu erhöhen, mehr Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen und dadurch das Volkseinkommen zu steigern, so dass dadurch die Binnenkonjunktur in Gang kommt. Das ist ja im Übrigen auch eine ethische Aufgabe, möglichst viel Transferempfängern die Möglichkeit zu bieten, wieder aus eigener Arbeit zu leben. Sollte eine solche Politik dann nicht ergänzt werden um eine Entlastung bei Abgaben und Steuern im kleinen und mittleren Einkommensbereich, um auf diese Weise zusätzlich die Binnennachfrage zu stärken. Das würde ja dann auch leichter ermöglicht, weil, wenn wir eine höhere Beschäftigungsquote, haben wir natürlich auch geringere Sozialausgaben haben. Dann würde sich auch ein Spielraum dafür ergeben. Prof. Dr. Enderlein hatte darauf hingewiesen, man sollte auch die Spitzeneinkommen stärker belasten. Das schließt sich in Deutschland aus, weil alle Personengesellschaften eben auch einkommensteuerpflichtig sind. Das würde natürlich die Investitionskraft der Masse der mittelständischen Unternehmen dramatisch einschränken gerade in einer Zeit, wo die Kreditvergabefähigkeit so eingeschränkt ist, wie das gegenwärtig der Fall ist. Meine zweite Frage richtet sich an Frau Dr. Schwarzer. Wenn ich Sie richtig verstanden habe bei einer vorhergehenden Antwort, haben Sie gesagt, es wird nicht nur darauf ankommen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der wettbewerbsschwächeren Länder gestärkt wird, sondern auch – das hatte auch die französische Finanzministerin Frau Lagarde uns empfohlen – die Wettbewerbsfähigkeit der stärkeren Länder zu schwächen - durch was auch immer. Das kann man abstrakt diskutieren, aber das können Sie doch keiner Regierung und keinem Politiker empfehlen. Wir können doch nicht bewusst eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit zu Lasten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland als politisches Ziel deklarieren. Das hieße ja, dass wir jetzt Herrn Löw empfehlen, gegen Serbien möglichst hoch zu verlie-

ren, damit es dann wieder eine ausgeglichene Chance gebe. Herr Löw dürfte sich in Deutschland dann aber nicht mehr zeigen und wir als Politiker hätten dann auch keine Chancen mehr gewählt zu werden, jetzt mal unabhängig von der Parteizugehörigkeit.

Die **Vorsitzende**: Herr Kollege Dr. Solm, Sie können sich dann auf die Bank der Sachverständigen setzen. Da tun Sie sich dann leichter bei solchen Antworten.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln)**: Um das noch einmal zu unterlegen, wir haben in den Jahren nach 1997 durch eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik, was bedeutet, hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückzubleiben, rund 800.000 zusätzlich in Deutschland geschaffen d. h. in einer Verbreiterung der Beschäftigungsbasis liegende Potenzial auch für mehr Einkommen und mehr Konsum damit gestärkt. Der Blick auf die Inlandsnachfrage, da möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, sollte sich nicht immer nur auf den privaten Konsum beziehen, die Inlandsnachfrage besteht auch aus den inländischen Investitionen und der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage lag im Boom-Jahr 2008 bei 1,7 % Punkten. Das heißt, wir haben in den letzten Jahren erhebliche Wachstumsbeiträge aus der Inlandsnachfrage gehabt. Frankreich und Großbritannien haben fast über 10 Jahre keinen Wachstumsbeitrag über die Außenseite gehabt. Ja, das ist deren Problem, weil dort ein De-Industrialisierungsprozess eingeleitet worden war oder weil sie wie in Frankreich nie einen Industrialisierungsprozess vergleichbarer Art wie in Deutschland gehabt haben. Sie können aus diesen Pfadabhängigkeiten historischer Prozesse, da müssen wir ein bisschen länger zurückblicken, Herr Prof. Dr. Flassbeck, da können Sie nicht raus oder das ist nicht so leicht. Die Frage also, was ist die Chance, Verteilungswirkungen auch im positiven Sinne zu erzielen, das war ja auch Ihre Frage, Herr Barthel. Wir haben gestern Daten des DIW über die Verteilungsentwicklung bekommen. Wenn Sie sich mal anschauen, seit 2006 hat sich die Schrumpfung des Mittelstandes nicht weiter verschärft, sondern ist stabil. Was ist seit 2006 passiert? In dem Zeitpunkt ist der Aufschwung arbeitsmarktwirksam geworden und zwar mit qualitativen Jobs im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung d. h. das größte Armutsrisiko ist Arbeitslosigkeit, mal abgesehen von besonderen Lebenssituationen. Insofern ist eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik und alles was darauf zielt, auch verteilungspolitisch das, was am meisten nach vorne trägt. Die Frage, wie bei den mittleren Einkommen die Belastung aussieht, ist in der Tat etwas, was nach meinen Dafürhalten zu wenig gesehen wird, wenn wir über Anreize reden und uns anschauen, dass wir im unteren Bereich der Einkommensteuer den höchsten Progressionsgrad haben aufgrund des enormen Bauchs, den der Tarif dort hat. Dann wäre aus Verteilungsgründen aber auch aus Anreizgründen und aus Fairnessgründen die Glättung dieses Tarifs elementar und das ist etwas, was nach allem, was ich sehe, eigentlich in der Diskussion völlig unterbeleuch-

tet wird. Wir fokussieren die, die über ihre Arbeitseinkommen Steuerbeiträge an den Staat zahlen und Leistungsträger sind, nicht angemessen. Das ist eine zentrale verteilungspolitische Frage. Sie haben es beim Spitzensteuersatz selbst gesagt, ich kann mich da immer nur über diese Vorschläge wundern. Wir reden über die Besteuerung dann auch zugleich der Personengesellschaft und das kann man ja nicht negieren. Insofern muss man fragen, was man damit gleichzeitig tut. Man kann vieles machen. Man sollte nur wissen, dass es mehrere Wirkungen hat. Letzter Hinweis noch. Wenn Deutschland erfolgreich ist im Export, dann ist das in den letzten Jahren vor allen Dingen seiner Leistungsfähigkeit mit Blick auf die außereuropäischen Märkte geschuldet. Europa profitiert aber insgesamt über die Vorleistungsimporte. In einem deutschen Exportgut haben wir mittlerweile über 40 % importierte Vorleistungen und diese kommen aus den europäischen Nachbarstaaten d. h., der deutsche Exporterfolg strahlt auch in die Europäische Union aus. Es ist manchmal sinnvoll, nicht nur über Aggregate zu reden, sondern auch über Strukturzusammenhänge.

**Sve Dr. Daniela Schwarzer (Forschungsgruppe EU-Integration der SWP):** Das Fußballbeispiel hat Herr Schäuble auch in Antwort auf Madame Lagarde gebracht. So sehr ich es falsch finde, wenn wir von unseren europäischen Partnern dafür kritisiert werden oder wenn uns gesagt wird, wir sollen unsere Wettbewerbsfähigkeit möglichst senken, so falsch finde ich es auch, die Situation in der Eurozone mit Fußball zu vergleichen, denn bei einer Weltmeisterschaft geht es darum zu gewinnen und zwar möglichst alleine. In der Eurozone geht es für mich um eines, nämlich die Frage: schaffen wir es gemeinsam im gesamten Euroraum auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu kommen. Gerade als Land mit einem so hohen Exportanteil in den Binnenmarkt, in den Euroraum ist das, glaube ich, ein ganz wichtiges Ziel und wird meiner Ansicht nach in der deutschen Diskussion im Moment vernachlässigt. Ich möchte mit zwei Szenarien auf die Frage welche Wahl wir haben antworten, wenn wir eben die Kritik einen Moment ernst nehmen, dass unsere europäischen Partner sagen wir haben ein Problem mit euch und müssen gemeinsam ran. Mein erstes Szenario ist, die Anderen bemühen sich, ganz stark aufzuholen. Dann gibt es die Möglichkeit, dass alle Länder mit einem außenwirtschaftlichen Defizit versuchen gleichzeitig real abzuwerten. Wenn die das alle so entschieden machen, wie wir das vielleicht aus unserer Sicht gerne hätten, dann haben wir in der Tat meiner Ansicht nach im Aggregat eine Deflationsgefahr innerhalb der Eurozone. Die Frage ist dann, was heißt das für die Staatsverschuldung und was heißt es natürlich auch für die politische und soziale Situation in den Mitgliedstaaten. Wie nachhaltig ist das und was passiert mit den öffentlichen Schuldenständen unter den Bedingungen dort? Zweite Frage in diesem Szenario, also die Anderen holen alle auf, wir verändern nichts. Können alle Länder in der Eurozone gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, ohne dass wir substantiell auf mittlere Sicht Marktanteile verlieren. Da wäre meine Antwort Nein, d.

h. wir müssen uns schon aus Eigennutz mittelfristig über alternative Wachstumsmotoren Gedanken machen und das ist die Binnennachfrage. Die Frage ist, wie kriegen wir die so stabilisiert, wenn dieser Aufholprozess in der Eurozone der Anderen anzieht, dass wir nicht mit einem Einbruch zu rechnen haben. Mein zweites Szenario, die Anderen holen relativ zu uns nicht auf, weil wir uns weiter verbessern und es politisch nicht nachhaltig ist, dass die Anforderungen, die man haben müsste, wenn man dem Szenario folgt, nicht umgesetzt werden können. Dann haben wir eine Situation, wo wir es mit langfristigen Divergenzen in der Eurozone zu tun haben werden. Dann können wir entweder sagen, wir überlassen diese Situation sich selbst. Dann werden diese Divergenzen zunehmen, sowohl konjunkturelle Divergenzen als auch strukturelle Divergenzen. Die Frage ist dann, wie lange kann der Euro unter diesen Bedingungen Bestand haben? Wie lange haben wir dann mit kooperativen Partnern zu tun? Oder wir stellen fest, es ist keine politisch nachhaltige Situation und die aktuelle Diskussion um das Auseinanderbrechen der Eurozone hat dann vielleicht in fünf Jahren oder in 10 Jahren noch sehr viel mehr Sprengstoff. Dann stehen wir vor der Frage, was ist uns die Eurorettung wert? Dann sind wir mitten in der Diskussion einer fiskalischen Transferunion.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther ((Institut der deutschen Wirtschaft, Köln):** Ich wollte noch einen Hinweis geben. Wir sollten nicht immer so tun, als gäbe es außerhalb Europas keine weiteren Volkswirtschaften.

**Sve Dr. Daniela Schwarzer (Forschungsgruppe EU-Integration der SWP):** Die Frage ist, wie schnell die aus der Krise wachsen und im Zweifel etwas schneller als wir.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther ((Institut der deutschen Wirtschaft, Köln):** Die Dynamik des Exports kommt im Augenblick seit geraumer Zeit von dort her. Die Strukturwandeltreiber liegen nicht in Europa.

Der **Vorsitzende:** Der nächste Fragesteller ist Kollege Andreas Lämmel.

**Abg. Andreas Lämmel (CDU/CSU):** Genau dahin ging auch meine Frage, die ich mir auch schon die ganze Zeit überlege. Wir sprechen erst einmal davon, dass wir jetzt in Europa novellieren wollen. Frau Dr. Schwarzer hat es noch einmal beschrieben, die zwei Szenarien, aber keiner der Gutachter hat eigentlich nochmal die weltwirtschaftliche Situation beschrieben, wo denn die Impulse der Weltwirtschaft wirklich herkommen. Wo liegen die Wachstumsmärkte der Welt? Liegen die in Europa, liegen die in Asien, liegen die in Afrika, in Amerika? Ich denke, Europa hat in den letzten Jahren schon deswegen auch an Wettbewerbsfähigkeit verloren, weil der Euroraum oder die Europäische Gemeinschaft sich eigentlich gar

nicht selbst im Klaren ist, wohin das gehen soll. Deswegen die Frage, betrachten wir bei diesen ganzen Szenarien eigentlich nur einen zu kleinen Raum? Müssen wir nicht mal weltwirtschaftlich sehen, wo die Märkte liegen? Die Frage an Frau Dr. Schwarzer, Sie haben gesagt, wir brauchen die Stabilisierung der Binnennachfrage. Da fragt man sich, woher die kommen soll? Das würde ich Sie gerne fragen, bei der schrumpfenden Bevölkerung, bei einem Sozialversicherungssystem, wo die Bürger mehr vorsorgen müssen für die Gesundheit, mehr vorsorgen müssen für die Rente. Wo sehen Sie denn dann wirklich noch anwachsende Impulse? Die zweite Frage an Sie ist noch, Sie hatten am Anfang gesagt, man muss über die Lohnpolitik eingreifen. Ich sehe mich außerstande oder ich sehe überhaupt nicht, dass die Politik in die Lohnpolitik eingreifen kann, weil es in Deutschland dazu Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen gibt. Wie sehen Sie denn, wie die Politik auf dieses Feld einwirken soll?

**Sve Dr. Daniela Schwarzer (Forschungsgruppe EU-Integration der SWP):** Binnennachfrage würde ich sagen, die Anreize im Steuersystem, die letzten Entscheidungen, die in der Steuerreform gefällt wurden, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Senkung der Unternehmensteuer sind vor dem Hintergrund meiner Ansicht nach noch einmal zu überdenken. Die Investitionsüberlegungen, die wir im Moment haben, und da sehe ich wieder die gesamte Europäische Union, der Trend in einigen Ländern gerade an Investitionen in Forschung und Bildung auch zu kürzen im Rahmen der allgemeinen Konsolidierungspolitik halte ich für grundfalsch. Ich nehme da jetzt Deutschland in dem Moment aus. Mein Blick ist ja ein europäischer und die Frage ist, wie wir da gerade bei der Diskussion um EU 2020 und auch um die Zukunft des europäischen Budgets Impulse setzen können. Ansonsten natürlich Ihre Einschätzung zur schrumpfenden Bevölkerung teile ich natürlich völlig, dass wir da gerade die gegenläufige Entwicklung haben werden. Aber umso mehr müssen wir über diese Maßnahmen nachdenken. Ich habe nicht gesagt, dass man in die Lohnpolitik koordinierend eingreifen muss, aber man muss über Lohnentwicklung reden. Mir ist natürlich völlig klar, wie in unserem Land und in anderen EU-Ländern die Lohnsetzung funktioniert. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass Löhne begleitet werden müssen – Prof. Dr. Flassbeck hat das Thema „Makroökonomischer Dialog“ genannt, wo die Tarifpartner an einem Tisch sitzen - können Sie natürlich nicht dirigistisch eingreifen, das ist auch nicht wünschenswert. Notwendig ist es aber das Bewusstsein bei den Tarifpartnern für die Zusammenhänge in der Eurozone zu stärken und auch die Frage sich gefallen zu lassen, ob die Lohnsetzungssysteme in allen Ländern richtig sind. Es gibt z. B. einige Länder wo eben erhöhte Lohnentwicklungen, also Anreize dafür bestehen, wo man Änderungen vornehmen könnte. Das finde ich eine extrem wichtige Diskussion und kein makroökonomischer hier kann ein Dialog geführt wer-

den. Ansonsten denke ich, dass dieses Thema insbesondere auch über eine Diskussion der Steuerpolitik geführt werden müsste.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther ((Institut der deutschen Wirtschaft, Köln):** Zu Ihrer Frage nach der internationalen Dimension. Ich will versuchen nur für das Jahr 2008 das in Zahlen deutlich zu machen. Der Zuwachs des Exports im Volumen 2008 gegenüber dem Vorjahr lag bei etwa 18 oder 19 Mrd. Euro. In die Eurozone waren es minus zwei d. h. also die Dynamik plus 14 war alleine auf Emerging Markets und Brickbereich bezogen. Wir haben also hier in den letzten Jahren, auch was die Dynamik der Exportseite angeht, eine deutliche Verschiebung. Natürlich ist Europa vom Anteil her bedeutsam und da liegt der große Teil bei über 50 %, wo die deutschen Exporte hingehen. Aber die Dynamik, die den Export in den letzten Jahren getrieben hat, die kam von den anderen Regionen, von den Emerging Markets von Ostasien und anderen Bereichen, in denen wir nachwachsende aufholende Volkswirtschaften haben. Warum ist das so? Das sind nicht vor allen Dingen preisliche Argumente. Insofern ist auch die Lohnpolitik hier sozusagen eher mitgedacht, aber indem sie preisliche Positionen nicht beschädigt. Im Vordergrund steht aber die Differenzierungs- und Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen, der Industrieprodukte, die andere in dieser kundenorientierten Differenzierungsform so offensichtlich nicht bringen. Das ist auch ein Blick nach Europa. Es ist ja nicht so, dass wir unsere Produkte irgendwie über die deutsche Grenze beim Saarland Richtung Frankreich stellen und denen dann sagen, holt die mal ab. Das ist ja sozusagen eine Entscheidung, diese Exportgüter, das deutsche Exportsortiment in dieser Form auch zu nutzen. Ich glaube, das muss man einfach auch sehen, hier haben wir einfach mit Strukturen zu tun. Es sind vielfach Marktpositionen, die von anderen so gar nicht mehr besetzt werden und insofern glaube ich, ist dieser Strukturzusammenhang gar nicht hoch genug einzuschätzen. Was wir im Augenblick erleben ist, dass die Strukturtreiber vor der Krise auch des globalen Wandels, im Grunde wieder mehr oder weniger diejenigen sind, die vor der Krise auch gewirkt haben. Das heißt, wir knüpfen eigentlich dort an und die gelegentlich unzutreffende Aussage nach der Krise sei alles völlig anders als vor der Krise, die würde ich so einfach auch an dieser Stelle nicht teilen.

Der **Vorsitzende:** Die nächsten beiden Fragesteller sind dann der Kollege Michael Schlecht und der Kollege Fritz Kuhn.

**Abg. Michael Schlecht (DIE LINKE.):** Vielleicht können Sie sich auch nochmal beziehen auf das, was Prof. Dr. Hüther gesagt hat, weil er relativiert oder sehr stark in Frage stellt, inwieweit die Rolle der Lohnentwicklung in Deutschland nennenswerten Einfluss hat auf die

Leistungsbilanzungleichgewichte. Aber Sie können Ihre Position auch noch mal ein bisschen erläutern. Sie sagen, wir haben ein Lohnproblem. Die spannende Frage ist ja: Wie kann man aus Ihrer Sicht wirklich nachhaltig dieses Außenhandels-, diese Leistungsbilanzungleichgewicht beheben? Welche Rolle spielt zum Beispiel bei der Lohnentwicklung die Frage, die wir auch in den letzten 10 Jahren hatten: die Agenda 2010? Inwieweit hat aus Ihrer Sicht die Agenda 2010 auf die Lohnentwicklung in Deutschland einen Einfluss gehabt und dann mittelbar natürlich auch auf die Leistungsbilanzungleichgewichte. Und dann das Szenario, das Sie geschildert haben mit der deflationären Entwicklung, oder mit der Gefahr zumindest, wie würden Sie denn dort die Perspektive einschätzen? Droht da sozusagen der japanische Weg, die Deflation für Europa, für Deutschland natürlich dann auch und welche Folgewirkung hätte das? Welche sozialen, oder auch ökonomischen und politischen Konflikte könnten sich daraus dann ergeben? Die zweite Frage auch nochmal an Prof. Dr. Hüther, weil Sie die Rolle der Lohnentwicklung ein bisschen negiert haben. Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, dass Deutschland das einzige Land war, das in den letzten zehn Jahren in der Reallohnentwicklung eine Absenkung erfahren hat? Dass in Deutschland in den letzten zehn Jahren die Reallöhne gesunken sind, wohingegen in allen anderen industrialisierten Ländern die Reallöhne deutlich angestiegen sind? Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, dass die Lohnstückkosten sehr, sehr ungleichmäßig entwickelt haben; dass diese in Deutschland von 2000 bis 2009 nach Auskunft von Eurostat um 7 % angestiegen sind und dass im Durchschnitt aller anderen Länder der Eurozone außer Deutschland gerechnet die Lohnstückkosten um 28 bis 29 % angestiegen sind und dass dies am Ende von dieser Seite her zu ganz gravierenden Ungleichgewichten führt.

**SV Prof. Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD Genf):** Ja, zur Frage Lohnentwicklung und Leistungsbilanzsalden ganz generell: Wir werden gegenüber anderen Märkten entweder den Mechanismus bekommen, dass unsere Vorteile ausgeglichen werden oder aber, es wird das gleiche passieren wie in Europa, dass wir unsere Güter an die Grenze stellen und den Leuten das Kapital geben, damit sie unsere Güter kaufen. Wenn wir irgendwann glauben, die anderen Länder seien nicht mehr kreditfähig, dann können wir die Güter an die Grenze stellen und es wird sie niemand mehr kaufen. Es muss auch kauffähige Kunden geben für etwas. Kauffähige Kunden sind Kunden, die auch selbst etwas exportieren können. Handel ist immer Leben und Leben-Lassen, das ist keine Einbahnstraße. Es kann niemals eine Einbahnstraße sein, zumindest nicht zwischen relativ autonomen Volkswirtschaften. Und wer sagt: Wir produzieren für die Welt – bitte, das kann man tun, dann leisten wir aber auch Transfers für die Welt. Eine andere Logik gibt es auf dieser Welt nicht: Entweder Kredite, die man aber nicht zurück bekommt, wo es in Krisen endet, oder man gibt es direkt als Transfers, das ist dann viel besser, dann produzieren wir alles für die Welt und stellen es an die

Grenze und die Leute holen es sich ab mit dem Geld, das wir ihnen geben, damit sie es dann auch bezahlen können. Das ist wirklich eine zynische Position, Prof. Dr. Hüther, die Sie hier einnehmen. Das Lohnproblem generell kann man so beheben: man kann das Umgekehrte tun, was man in den letzten zehn Jahren gemacht hat. Man hat massiven Druck ausgeübt auf die Gewerkschaften, auf die Arbeitnehmer hinter der Produktivität zurückzubleiben. Prof. Dr. Hüther sagt zurecht, es gab einen Beschluss 1996. Im Bündnis für Arbeit wurde beschlossen, von nun an die Produktivität für die Beschäftigung zu reservieren und nicht mehr für Löhne. Das war der zentrale strategische Fehler. Deutschland hat das vorher 30 Jahre niemals getan. Niemals! Oder 40 Jahre. Immer haben sich die Löhne an der Produktivität orientiert. Und es war ja auch kein Erfolgsmodell. Was Prof. Dr. Hüther sagt: 800.000 Arbeitsplätze, das mag sein, aber er vergleicht ja nicht mit dem, was gewesen wäre, wenn wir eine normale Lohnentwicklung gehabt hätten entlang der Produktivität und wir hätten Binnennachfrage und etwas weniger Export gehabt. Dann wäre das Modell wahrscheinlich genauso gut oder wenigstens so gut gewesen. Vergleichen Sie mal Frankreich und Deutschland, dann werden Sie genau das herausfinden. So bedeutet das 800.000 überhaupt nichts. Das ist eine Nullaussage. Wie kann man es fundamental beheben? Frau Dr. Schwarzer hat es schon gesagt: Indem man zunächst mal darüber redet. Wenn Deutschland sich weigert, über dieses Problem überhaupt zu reden, im europäischen Zusammenhang, so wie das jetzt ja hier anklingt. Man muss nur die französischen und die deutschen Zeitungen lesen, dann weiß man, wo der Kern des Konfliktes sitzt. Wenn sich Deutschland weigert, über dieses Problem überhaupt zu reden, dann werden wir erleben, dass diese Eurozone viel früher auseinanderfliegt, als wir uns das überhaupt vorstellen können. Zunächst muss man also darüber reden und dann muss man in der Tat Mechanismen finden, die von Land zu Land unterschiedlich sind, weil die Arbeitsmarktstrukturen völlig unterschiedlich sind. Wir müssen uns immer klar machen: Die anderen Länder haben sich in einer Art und Weise an eine deutsche Lohnregel angepasst - auch in den letzten zehn Jahren an die frühere deutsche Lohnregel, die da hieß: Lohnstückkosten von 2 % - In einer Art und Weise angepasst, die niemand jemals für möglich gehalten hätte. Das war eine unglaubliche historische Leistung: Frankreich hat 1,9 % im Durchschnitt von zehn Jahren. Genau auf dem Inflationsziel der Europäischen Währungsunion. Das ist eine Superleistung! Ich lebe in Frankreich, weiß aber nicht, wie sie es zustande gebracht haben. Die haben es aber hingekriegt. Und das muss man in Gang setzen. Man muss einen Prozess in Gang setzen wo man mit allen möglichen Mechanismen dafür sorgt, dass dieser Ausgleich zustande kommt. Wenn dieser Ausgleich nicht zustande kommt, auf diese ordentliche Art und Weise sozusagen, dann wird es auf unordentliche Art und Weise geschehen. Dann wird es im europäischen Binnenmarkt plötzlich Grenzen geben für deutsche Güter, weil die anderen sie nicht mehr annehmen können, weil sie diese nicht mehr kaufen können, und weil wir ihnen nicht das Geld schenken, mit denen sie unsere Gü-

ter kaufen. Zur Deflation: Die Folge ist Deflation, und zwar deswegen - ich sage das schon so dramatisch - weil man aus dieser Falle, in der man einmal hineingelaufen ist, praktisch nicht mehr herauskommt. Es gibt dann nur noch den Weg eines massiven, eines unglaublich großen staatlichen Programms, mit dem man diese private Nachfrageschwäche überwinden kann. Und Japan hat es selbst nicht geschafft, in Situationen wo die Exporte explodiert sind nach China. Selbst in dieser Situation hat Japan es nicht geschafft, aus der Deflation herauszukommen. Und dann werden wir erleben, dass diese Gesellschaft sich massiv desintegriert, weil wir einfach keine Perspektive, keine Zukunftsperspektive mehr für große Gruppen der Gesellschaft finden können.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther (Institut der Deutschen Wirtschaft):** Ja vielen Dank! Sie haben das zurecht beschrieben: So ist das mit der Lohnentwicklung, das ist auch gar nicht zu negieren. Nur müssen Sie auch mal in die Strukturen hineinschauen: Gerade in den Exportsektoren haben wir keinen Reallohnrückgang, also gerade dort, wo wir gerade im internationalen Vergleich diesen Erfolg erzielt haben, ist es genau nicht so, wie Sie beschrieben haben. Wir müssen also fragen, was ist in der Summe passiert? Es hat in der Breite ein Zurückhalten in der Produktivität gegeben vor dem Hintergrund einer hohen strukturellen Unterbeschäftigung, einer hohen unfreiwilligen Arbeitslosigkeit. Und es ist nicht alles über Löhne zu regeln. Dass Löhne eine Bedeutung an dem Arbeitsmarkt haben, ich meine, das sollte auch jedem irgendwie eingehen, der sich mit ökonomischen Kontexten befasst.

Das zweite: Wir haben 2008 gegenüber 2003 eine um sieben Prozentpunkte höhere Erwerbsbeteiligung. Ja glauben Sie denn, dass die alle gleich in die Gehaltsgruppe B10 kommen? Da sind doch natürlich auch Brücken gebaut worden, aus der geringfügigen Beschäftigung in den Arbeitsmarkt hinein. Es ist das erste Mal in diesem Jahrzehnt, anders als in den neunziger Jahren, gelungen, dass über die Öffnung dieser flexiblen Erwerbsformen auch eine dauerhafte Beschäftigung entstanden ist. Also in der Summe sind sechshunderttausend Menschen mehr verblieben, als die, die wieder zurück gegangen sind in die Arbeitslosigkeit. Das heißt also, wir haben gerade - das kann man ja alles nicht schön finden, aber zum Befund gehört das nun mal dazu, ich bewerte das nicht - wir haben gerade mit den Veränderungen auch ganz strukturell am Arbeitsmarkt, anderen Qualifikationen, geringeren Qualifikationen eine Beschäftigungschance gegeben. Mit den entsprechenden Konsequenzen, dann natürlich auch, dass es erst mal geringe Löhne sind, die wir ergänzen und die im Sozialsystem natürlich auch, das diskutiert man ja auch berechtigt, über Aufstocker in einer Einstiegsphase ergänzt werden. Aber Sie können doch diesen Mengeneffekt, sieben Prozentpunkte, die weniger Arbeitslosigkeit sind und weniger in der stillen Reserve, nicht negieren. Man muss doch einfach fragen, wie wirkt das aufs Lohnniveau – das verschwindet doch nicht irgendwo. Also insofern ist es natürlich ein völlig richtiger Hinweis, die gesamte Reallohnent-

wicklung, aber ob das ad finitum so gehen kann, ist natürlich eine ganze andere Frage, aber für den gegebenen Zeitraum hat es die Beschäftigungsintensität der deutschen Wirtschaft erhöht. Gestatten Sie einen Hinweis noch: kauffähiger Kunde – das ist völlig richtig, Herr Prof. Dr. Flassbeck! Da sind wir völlig beieinander. Aber Sie tun so, als gebe es nur einen Akteur in der Welt, und das ist Deutschland. Und alle anderen sind in einer erzwungenen Anpassungsrolle. Das ist doch nicht die Situation, die wir in der Weltwirtschaft beobachten. Die Parameter anderer Volkswirtschaften sind doch erheblich. Und die Frage ist, ob Sie darauf reagieren. Wir müssen aufpassen, dass wir das Phänomen, das wir in den PIX-Staaten beobachten, nicht zum Muster aller anderen machen. Wir haben hier einfach zu sehen – das gilt für Griechenland beispielsweise, das gilt für Spanien, das gilt für Portugal – wir haben ein Phänomen bei der Gestaltung der europäischen Währungsunion nicht berücksichtigt und nicht angemessen antizipiert, das ist die Holländische Krankheit, wie wir Ökonomen das nennen. Holländische Krankheit bedeutet: Sie kriegen einen Ressourcenfund, Sie haben Einkommen, Sie haben nichts dafür getan und überführen das, das war in Holland so, in Konsumausgaben. Was war die Konsequenz? Holland musste in den achtziger Jahren, beginnend mit dem Accord von Wassenaar 1982 den Gürtel enger schnallen, eine gesamtwirtschaftliche Konsolidierungsstrategie sozusagen betreiben. Was ist der Beitritt in die Währungsunion für die Länder Portugal, Spanien, Griechenland gewesen? Ein Realzinsvorteil ohne vorgehende Leistung. Und seit dem Zeitpunkt steigt die Auslandsverschuldung dieser Länder an und es ist überwiegend - Prof. Dr. Enderlein hat darauf hingewiesen - in konsumtive Verwendung gegangen. Beziehungsweise in Investitionsbereiche, in Immobilienbereiche, in Privatimmobilienbereiche, die Spanien nicht tragen kann. Wir müssen also bei der Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auch bei künftigen Ländern darauf achten, dass diese fiskalische Beitrittsrendite beispielsweise in einen Staatsfonds für investive Zwecke vorgesehen wird. So wie das vernünftigerweise andere Länder mit Rohfunden, siehe Russland oder auch andere, machen, um hier genau dieses Phänomen einer konsumtiven Nutzung, sozusagen eines windfall profits zu vermeiden. Das ist eine starke Gestaltungsaufgabe, auch der Währungsunion. Und dann werden die auch, wenn die ihre Aufgaben machen, aus ihren Strukturen heraus natürlich wieder andere Leistungsfähigkeiten haben.

**SV Prof. Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD Genf):** Nun zu der Frage, was tun die Länder mit dem Kapital, das wir in Deutschland dahin exportiert haben? Wir schauen es nicht mal an, was dort damit passiert ist. Schauen Sie sich Griechenland an, das ist das Land mit den höchsten Investitionen in Ausrüstung und Maschinen in den letzten zehn Jahren in ganz Europa. Die haben einen unglaublichen Zuwachs an Maschinen und Ausrüstung gehabt, der

Idealfall dafür, wie unsere Transfers, nennen wir die mal so für einen Moment, investiv verwendet wurden. Und was ist das Ergebnis? Dass wir sie für pleite erklären.

Der **Vorsitzende**: Lieber Kollege Fritz Kuhn, jetzt sind Ihre Fragestellungen gefragt, die, so wie ich Sie kenne, nahtlos an das anschließen.

**Abg. Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**: Ich habe Fragen an Prof. Dr. Hüther und an Prof. Dr. Enderlein. Die erste Frage ist, es gibt in der Theoriegeschichte der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder die Grundüberzeugung, dass soziale Gerechtigkeit ein Wachstumstreiber ist. Oder eine Produktivkraft sozusagen innerhalb eines wirtschaftlichen Systems. Sehen Sie das noch immer so bzw. inwiefern sehen Sie das so?

Meine zweite Frage oder mein zweiter Punkt: Da möchte ich an Prof. Dr. Flassbeck anknüpfen, der vorher gesagt hat, wir leben unter unseren Verhältnissen. Meine Überzeugung ist, wir leben unter den Verhältnissen und über den Verhältnissen gleichzeitig. Und daraus müsste für Europa eine wirtschaftspolitische Strategie folgen. Die heißt, ganz einfach ausgedrückt, wir müssen gleichzeitig sparen und investieren. Und nehmen Sie das griechische Beispiel: Die Griechen müssen natürlich bei ihrem Pensionszeug und, was sie sonst so ausgeben, sparen, aber sie müssen zum Beispiel investieren. Konkretes Beispiel: Sie müssen ihre Tourismusschiene erneuern, sonst werden sie massiv weniger Einnahmen haben, weil die Tourismusinfrastruktur veraltet und zu hochpreisig ist. Das ist Stand der Leute, die sich damit beschäftigen. Das heißt, wir müssen, wenn wir Griechenland nicht kaputt machen wollen, eine Strategie des Einsparens in weichen Bereichen und eine Strategie des Investierens in anderen Bereichen formulieren. Ich glaube, das gilt auch für Deutschland. Man kann übrigens auch das Leistungsbilanzdefizit oder die Überschüsse bei uns, die Defizite bei anderen, bei uns auch durch Investitionen ausgleichen. Da muss man nicht immer an höhere Ausgaben im Sozialsystem denken, sondern wenn wir in Infrastruktur investieren würden, leisteten wir einen Beitrag dafür. Ich bin deswegen überzeugt, da wollte ich Sie nachfragen, dass es klug wäre, klüger wäre, wenn wir als Verschuldungskriterium endlich einen Nettoinvestitionsbegriff hätten. Also einen Begriff, der von den Investitionen die Abschreibungen abzieht und real die Frage stellt: Wie wird eigentlich der Kapitalstock unseres Landes vergrößert und wie wird er verringert? Wir haben das in der Föderalismuskommission versucht, aber die Große Koalition hat es für zu neu und für zu kompliziert befunden.

Der **Vorsitzende**: Ich bitte Sie jetzt, Ihre Frage zu formulieren. Jeder sagt mir, er will dran kommen und dann wenn der Betreffende dran ist, dann versucht er nur, möglichst viel zu reden. Bitte schön!

**Abg. Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es hat keinen Sinn, Experten Wissensfragen zu stellen, nach dem Schema: sag mir sieben Alpenpässe, sondern Sie müssen die Frage auch gelegentlich erläutern können.

Der **Vorsitzende:** Nein, ich bitte Sie nur herzlich Ihre Frage zu stellen.

**Abg. Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So funktioniert mit mir keine Anhörung!

Der **Vorsitzende:** Dann müssen wir insgesamt bei den Obleuten die Verfahrensregeln diskutieren. Ich muss dann wohl ein festes Zeitkontingent nach Fraktionsstärke geben. Sie stellen jetzt bitte noch Ihre Fragen. Gut, also gefragt haben Sie jetzt Prof. Dr. Hüther und Prof. Dr. Enderlein.

**Prof. Dr. Michael Hüther (Institut für Deutsche Wirtschaft):** Ja, vielen Dank! Ihre Frage ist völlig berechtigt, Herr Kuhn, das ist ja das, was wir auch immer bei der Heinrich Böll Stiftung mit Ihnen diskutieren. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist ein beständiger Pfeiler der marktwirtschaftlichen Ordnung, der sozialen Marktwirtschaft. Das ist überhaupt gar keine Frage. Nur kann es nicht so sein, dass das, was wir historisch, politisch gewachsen haben, auf ewig als heilig gelten muss. Die Frage, wie die soziale Gerechtigkeit zu deuten ist, ist die Frage der Einstiegs- und der Beteiligungsgerechtigkeit. Das heißt also, schaffen wir über ein Bildungssystem den fairen Einstieg und schaffen wir über eine Arbeitsmarktsituation und eine unternehmerische Perspektive einen Firmenaufstieg? Wo wir besser geworden sind in den letzten Jahren ist der Einstieg; wo wir noch nicht so gut sind, und das zeigt sich auch in Verteilungsdaten, was ich genauso kritisch sehe, wie Sie auch, ist die Aufstiegschance. Das heißt also, wenn man diese beiden Größen nimmt, ist sozusagen die Frage der Gerechtigkeitsperspektive der Bildungspolitik über eine dynamische Wirtschaft zu beantworten und die Sozialpolitik hat die Funktion der Abfederung, in Lebenssituationen, die der Einzelne zu verantworten hat, wo Brücken gebaut werden. Aber sie hat doch immer die Perspektive, so habe ich das zumindest verstanden, wieder zurückzuführen in das, was an Marktperspektiven, über Erwerbstätigkeit an Entwicklungsmöglichkeiten gegeben ist. Und da ist die Frage: Ist das hinreichend organisiert oder haben wir da zusätzlichen Reformbedarf? Aber dass dieses Verständnis von Gerechtigkeit, diese zwei Zielsetzungen, Einstieg, Aufstieg, als Lebensperspektive, gerade in einer Gesellschaft des immer längeren Lebens von Bedeutung ist, ist doch völlig unstrittig. Aber man muss ja wohl über die Instrumente reden können. Und das glaube ich, werden Sie mir zugestehen, dass wir Ökonomen das tun können, denn Instrumente haben unterschiedliche Wirkungen. Da muss die Politik am Ende entscheiden, welche

Wirkung sie akzeptieren will. Aber völlig unbestritten: Es ist ein elementarer Anteil dessen, was wir als Marktwirtschaft verstehen.

**SV Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance):** Ich schließe mich an, dass soziale Gerechtigkeit natürlich eine volkswirtschaftliche Triebkraft und von ganz besonderer Bedeutung ist. Die Frage ist eben nur, wie man sie erreicht. Und ich teile einige Punkte, die Prof. Dr. Hüther angesprochen hat, ich will aber noch andere mit ins Spiel bringen. Wo liegt im Augenblick in Deutschland oder im Euroraum die größte Möglichkeit, über soziale Gerechtigkeit weitere Triebkraft zu schaffen? Bildung haben wir angesprochen, ich will aber auch die Beschäftigungsquote von Frauen ansprechen, die deutlich zu niedrig ist, die man vor allem über soziale Gerechtigkeit dann erreicht, wenn man nicht nur über Kinderbetreuung spricht, sondern wenn man auch eine Einkommenssituation schafft. Zum Beispiel bei alleinerziehenden Frauen mit Kindern, dass da eine produktive Tätigkeit möglich ist. Das gleiche gilt für die Geringverdiener, geringe Einkommen, wo wir in Deutschland durch den sehr schnellen Einschlag der Sozialleistungen eine Schwierigkeit des schnellen Aufstiegs haben, ein progressives Einsetzen der Sozialversicherungsbeträge würde in diesem Bereich viel Gutes tun. Man kann den Mittelstandsbauch, der gerade schon angesprochen wurde, in der Steuerbelastung auch noch mal betrachten und sich überlegen, ob gerade an der Stelle durch die Entlastung des Mittelstandes ein Faktor soziale Gerechtigkeit geschaffen wird, der sich auch produktiv übersetzt. Aber dann, jetzt nicken Sie alle, müssen Sie das auch gegenfinanzieren und dann würde ich an der Stelle tatsächlich sagen, was dann noch übrig bleibt, wenn wir uns jetzt von unten nach oben gearbeitet haben, das sind tatsächlich die höheren Einkommenskategorien und dann muss ich auch noch mal etwas zu dieser Frage der Personengesellschaften sagen: Es gibt im deutschen Steuerrecht doch alle Möglichkeiten, dort – zwischen dem Einkommen, das direkt besteuert wird und dem Einkommen, das der Besteuerung durch Personengesellschaften unterliegt, zu differenzieren. Und wenn das die Hürde ist, dann würde ich das rechtlich lösen und nicht mit dem generellen Hinweis, dass man höhere Einkommen in Deutschland überhaupt nicht mehr besteuern darf. Das scheint mir etwas zu kurz gegriffen.

Der andere Punkt ist die Frage der Nettoinvestitionen und wie man die rausrechnet. Ich bin ökonomisch ganz bei Ihnen, Herr Kuhn. Es geht darum, dass man die Investitionen trennt von den konsumtiven Staatsaufgaben. Das Problem ist, dass wir das in Deutschland über die Grundgesetzklausel ja auch Jahre lang versucht haben und immer wieder Mittel und Wege gefunden haben, die konsumtiven Ausgaben als Investitionen zu deklarieren. Wenn das funktioniert, dann muss man da anders herangehen. Ich glaube, dass wir in der Staatsausgabenstruktur jetzt einfach mal einen Schnitt machen und uns den Haushalt ansehen müssen und dann sehen wir, dass der größte Anteil der Neuverschuldung eben gerade nicht in

die Investitionen fließt. Und da müssen wir diesen Anteil der Staatsverschuldung abbauen und uns die Regel aufbürden, dass wir vielleicht dann erst wieder investieren dürfen. Wenn wir diesen Schnitt nicht irgendwann machen, dann wird es sehr, sehr schwer, solche goldene Regeln der Haushaltspolitik überhaupt durchzusetzen.

Der **Vorsitzende**: Das waren jetzt die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Kuhn. Jetzt versuche ich punktgenau zu landen, weil unser Minister ja auch noch kommt – Kollege Manfred Nink (SPD), Sie wollen noch eine kurze Frage stellen, haben Sie mir signalisiert.

**Abg. Manfred Nink (SPD)**: Schönen Dank, Herr Vorsitzender – ich stelle immer kurze Fragen. Die erste geht an Prof. Dr. Hüther. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie sich eingangs eher negativ zu dem Konstrukt Wirtschaftsregierung ausgesprochen und darauf verwiesen, dass heute schon Möglichkeiten bestehen, den negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Wie erklärt sich dann, dass diese Möglichkeiten bis heute nicht angewendet wurden und man heute zu spät, eine wie auch immer geartete Wirtschaftskoordination oder –regierung anstrebt.

Die zweite Frage geht an Prof. Dr. Enderlein. Sie haben gerade soziale Gerechtigkeit angesprochen. Besteht hier im Hinblick auf eine ausgewogene Wachstumsstrategie die Notwendigkeit, neben der Währungsunion zukünftig auch eine Sozialunion anzustreben? Schönen Dank!

**SV Prof. Dr. Henrik Enderlein (Hertie School of Governance)**: Die Frage zur Sozialunion: Ich bin da sehr skeptisch im europäischen Kontext. Wir haben sehr unterschiedliche Sozialmodelle. Das skandinavische Modell, das sehr viel über Staatsbeschäftigung erreicht, das britische Modell, das ein Niedriglohnmodell ist, und das deutsche Modell oder das kontinentaleuropäische, das vor allem Geringqualifizierte über die Arbeitslosigkeit und die sozialen Minimumstandards versucht zu finanzieren. Das in einem europäischen Kontext zu koordinieren, scheint mir unmöglich zu sein. Ich glaube deshalb, dass der Ansatz, der hier jetzt auch schon mehrfach anklang, so aussehen muss, dass wir über die reine Defizit- und Schuldenfixierung hinausgehen und uns jedes Land – ich habe vorhin die Ampelstruktur angesprochen – uns vornehmen und uns dann nicht Ziele, Frau Buch, formulieren, wo wir sagen, die müssen alle erreicht werden, sondern im Aggregat – das hat Frau Daniela Schwarzer angesprochen - im Aggregat müssen in Europa alle Ampeln auf Grün sein. Wenn wir im Aggregat zu viele Ampeln auf Gelb oder Rot haben, dann ist ein Einschreiten der europäischen Staats- und Regierungschefs notwendig. Das muss dann in einem Eurogruppenkontext passieren und dann müssen Länder auch die notwendigen Anpassungen durchführen, um die Ampeln wieder auf Grün zu bringen und da sind genug Beispiele gekommen. Ich

glaube, das ist der Weg, den ich gehen würde. Eine Sozialunion halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für nicht umsetzbar.

**SV Prof. Dr. Michael Hüther (Institut der Deutschen Wirtschaft):** Sie haben richtig wahrgenommen, wie ich das bewertet habe. Warum ist das sozusagen nicht hinreichend geglückt? Wenn man sich das mal anschaut, was ist denn eigentlich der konjunkturpolitische Bedarf der letzten 20 Jahre gewesen? In einer wirklich keynesianischen Situation waren wir Ende 2008, 2009. Unser Problem ist doch gewesen, dass wir in Zeiten, in denen wir eine ganz andere wirtschaftliche Situation hatten, eine keynesianische Politik gemacht haben, also eine verkehrte Politik! Eine Politik, die auf den Befund einer konjunkturellen Unterauslastung gar nicht ansprang – das war gar keine konjunkturelle Unterauslastung. Wir haben nicht diese Form der Destabilisierung gehabt. Das heißt also, dort wo es dann erkennbar war, wo wir wirklich eine keynesianische Situation hatten, wo die Anpassungsflexibilität der Angebotsseite überfordert war, da ist koordiniert gehandelt worden. Und das ist doch eigentlich ein positiver Hinweis, dass man in einer solchen Situation weiß, worum es geht. Im Normalfall sind die Orientierungen Stabilitäts- und Wachstumspakt da, die für die Finanzpolitik eine entsprechende Orientierung geben. Ich kann nur sehr davor warnen, Herr Kollege Prof. Dr. Enderlein, hier an ein Ampelsystem zu glauben, das ist noch nie gut gegangen. Die dahinter stehenden Kriterien müssen genauso unterlegt werden. Sie kommen aus dem gleichen Dilemma, das Frau Buch und ich beschrieben haben, überhaupt nicht heraus. Das heißt, es ist immer schön, wenn man Politik automatisiert. Das wünschen sich ja manche. Und ich habe den Eindruck, dass wir uns mit dem Blick auf die europäische Situation manchmal eine Entpolitisierung der Politik durch Automaten vorstellen, das wird nicht gehen. Auch durch drei Ampelschaltungen werden wir nicht wirklich weiterkommen. Sie müssen entscheiden, die Politik muss diskretionär auch entscheiden können, und wir werden hier nicht immer vorher alle Instrumente und Regeln haben können, weil die Situationen so sind, wie wir sie auch erlebt haben, nämlich vorher nicht explizit einschätzbar wie Ende 2008. Da war ein solches koordiniertes Handeln erforderlich und da ist es auch gelungen und das finde ich, nochmal gesagt, eine positive Erfahrung.

Der **Vorsitzende:** Vielen herzlichen Dank – wir sind punktgenau bei der Zeit! Ich muss mich bei allen weiteren, die sich gemeldet haben, entschuldigen. Frau Kollegin Lena Strothmann, Kollege Ernst Hinsken, Kollege Martin Lindner, Kollegin Ingrid Nestle, es tut mir herzlich Leid, das ist der enge Zeitplan. Für mich ist das eindeutig: Wir müssen Anhörungen dieser Art aus dem normalen Bereich herausnehmen, müssen sie länger machen, um allen die Möglichkeit zu geben. Ich danke den Sachverständigen. Wir werden das Wortprotokoll sehr sorgfältig auswerten, weil Ihre Ausführungen es wert waren, dass wir uns sehr intensiv damit

beschäftigt haben. Denn das waren Punkte, die ganz genau die Probleme Europas und der Währungsunion treffen, wie wir sie vorfinden und wie wir auch die Konsequenzen treffen müssen, um in den nächsten Jahren damit umzugehen.

**Ende der Sitzung: 11:15 Uhr**

Mi/Zo/Pu/Fr/Hü